

No. 44237

**Austria
and
Hungary**

Treaty between the Republic of Austria and the Republic of Hungary concerning cooperation in preventing and combating transboundary crime. Heiligenkreuz, 6 June 2004

Entry into force: *1 June 2006 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 36*

Authentic texts: *German and Hungarian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 20 August 2007*

**Autriche
et
Hongrie**

Traité entre la République d'Autriche et la République de Hongrie relatif à la coopération en matière de prévention et de lutte contre le crime transfrontière. Heiligenkreuz, 6 juin 2004

Entrée en vigueur : *1er juin 2006 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 36*

Textes authentiques : *allemand et hongrois*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 20 août 2007*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG
zwischen
der Republik Österreich und der Republik Ungarn
über
die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Bekämpfung
der grenzüberschreitenden Kriminalität

Die Republik Österreich und die Republik Ungarn (im Weiteren: Vertragsstaaten)
mit dem Ziel, zur Wahrnehmung gemeinsamer Sicherheitsinteressen
zusammenzuarbeiten,
im gemeinsamen Willen, der grenzüberschreitenden, die öffentliche Sicherheit und
Ordnung gefährdenden sowie der internationalen Kriminalität wirksam zu
begegnen,
in der Absicht, die Zusammenarbeit der für die Durchführung des vorliegenden
Vertrages zuständigen Behörden umfassend weiterzuentwickeln,
sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

Die im vorliegenden Vertrag verwendeten Begriffe haben folgende Bedeutung:

1. Behörden: im Sinne des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten zur Vorbeugung und Aufklärung von Straftaten befugte Behörden beziehungsweise Organe mit behördlichen Aufgaben:
 - a) auf Seiten der Republik Österreich: der Bundesminister für Inneres, die Sicherheitsdirektionen, die Bundespolizeidirektionen und außerhalb des

- örtlichen Zuständigkeitsbereiches der Bundespolizeidirektionen die Bezirksverwaltungsbehörden:
- b) auf Seiten der Republik Ungarn: die mit Strafverfolgungs- und Strafverhinderungsaufgaben betrauten Organe von Polizei, Grenzschutz, Zoll- und Finanzwache sowie der Schutzdienst der Ordnungsschutzorgane.
2. Justizbehörden:
- a) auf Seiten der Republik Österreich: der Bundesminister für Justiz sowie die Gerichte und Staatsanwaltschaften;
 - b) auf Seiten der Republik Ungarn: die Gerichte und Staatsanwaltschaftsorgane.
3. Zur Kontakthaltung befugte Zentralstellen bei der Durchführung des vorliegenden Vertrages:
- a) auf Seiten der Republik Österreich:
 - der Bundesminister für Inneres;
 - b) auf Seiten der Republik Ungarn:
 - die Internationale Kooperationszentrale des Landespolizeipräsidiums zur Bekämpfung der Kriminalität (im Folgenden: ORFK NEBEK).
4. Hinsichtlich der Anwendung des vorliegenden Vertrages gelten als Grenzgebiete:
- a) auf Seiten der Republik Österreich:
 - der Zuständigkeitsbereich der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Burgenland;
 - b) auf Seiten der Republik Ungarn:
 - das Gebiet des Komitates Győr-Moson-Sopron,
 - das Gebiet des Komitates Vas.

Artikel 2

Vertragsgegenstand

Die Vertragsstaaten verstärken ihre Zusammenarbeit bei der Vorbeugung, Verhinderung und Aufklärung von strafbaren Handlungen. Die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten erfolgt in Einklang mit ihrem innerstaatlichen Recht und nach Maßgabe des vorliegenden Vertrages. Die im Rahmen internationaler Organisationen, wie dem Europäischen Polizeiamt (Europol) oder der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (IKPO-Interpol), geführte Zusammenarbeit der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bleibt vom vorliegenden Vertrag unberührt.

Artikel 3

Gemeinsame Analyse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Lage der Kriminalität

Die Vertragsstaaten übermitteln einander regelmäßig ihre Erkenntnisse und Analysen über die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie über die Lage der Kriminalität. Zu diesem Zweck analysieren sie anlassbezogen, jedoch mindestens einmal jährlich, gemeinsam die Lage der Kriminalität sowie die Schwerpunkte der Kriminalitätsvorbeugung und beraten und stimmen die erforderlichen Maßnahmen ab.

Kapitel II

Allgemeine Bestimmungen über die Zusammenarbeit

Artikel 4

Zusammenarbeit auf Ersuchen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten kooperieren und unterstützen einander auf Ersuchen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie zur Vorbeugung, Verhinderung und Aufklärung von strafbaren Handlungen. Die Zusammenarbeit erstreckt sich nicht auf die in die Zuständigkeit der Justizorgane der Vertragsstaaten fallende Rechtshilfe. Ersuchen, die militärische oder politische strafbare Handlungen betreffen, können weder gestellt noch erledigt werden. Ist die ersuchte Behörde für die Erledigung örtlich oder sachlich nicht zuständig, leitet sie das Ersuchen an die für die Erledigung örtlich und sachlich zuständige Behörde weiter und unterrichtet hierüber die ersuchende Behörde.

(2) Ersuchen und die Antworten darauf werden, mangels anders lautender Bestimmungen des vorliegenden Vertrages, zwischen den Zentralstellen der Vertragsstaaten schriftlich übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich gestellt werden; das mündliche Ersuchen ist unverzüglich schriftlich zu bestätigen.

(3) Ersuchen sind unter Berücksichtigung von Artikel 1 Ziffer 3 an folgende Zentralstellen zu richten:

- a) auf Seiten der Republik Österreich: Bundesministerium für Inneres/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit;
- b) auf Seiten der Republik Ungarn: ORFK NEBEK.

(4) Die im vorliegenden Vertrag geregelte Zusammenarbeit der Behörden der Vertragsstaaten erstreckt sich insbesondere auf Folgendes:

- a) Austausch von Informationen.
- b) Maßnahmen in dringenden Fällen.
- c) grenzüberschreitende Observation.
- d) grenzüberschreitende Nacheile.
- e) kontrollierte Lieferung.
- f) Einsatz verdeckter Ermittler.
- g) Zeugenschutz.
- h) Zusammenarbeit in gemeinsamen Kontaktdienststellen.
- i) Bildung gemeinsamer Ermittlungsgruppen.
- j) Entsendung und Empfang von Verbindungsbeamten.
- k) Zusammenarbeit in der Aus- und Fortbildung.
- l) Zusammenarbeit in der Kriminalitätsvorbeugung.

(5) Wenn nach den im Ersuchen angeführten Bedingungen die Erledigung des Ersuchens nicht oder nur teilweise möglich ist, informiert die ersuchte Behörde hierüber unverzüglich die ersuchende Behörde und die Behörden einigen sich, sofern erforderlich, über die weitere Vorgangsweise bei der Erledigung des Ersuchens.

(6) Im Laufe der Erledigung des Ersuchens gehen die ersuchten Behörden und die an der Durchführung des Ersuchens beteiligten Organe entsprechend den im Ersuchen angeführten Verfahrensregeln vor, vorausgesetzt, dass dies nicht mit dem innerstaatlichen Recht des ersuchten Vertragsstaates in Widerspruch steht.

(7) Sofern zur Weiterleitung beziehungsweise Erledigung des Ersuchens nach innerstaatlichem Recht der Vertragsstaaten die Genehmigung, die Zustimmung, die Bewilligung oder das Einverständnis der Justizbehörden erforderlich ist, kann die Weiterleitung des Ersuchens beziehungsweise die Einleitung seiner Erledigung erst nach Einholung dieser Genehmigung, Zustimmung oder Bewilligung oder dieses Einverständnisses erfolgen.

Artikel 5

Inhalt des Ersuchens und anzuwendende Sprache

(1) Sofern der vorliegende Vertrag keine anders lautenden Bestimmungen enthält, hat das Ersuchen mindestens Folgendes zu enthalten:

- die Benennung der ersuchenden Behörde;
- den Gegenstand des Ersuchens;
- die Beschreibung der Handlung, die den Gegenstand des Ersuchens darstellt, und die rechtliche Qualifizierung dieser Handlung;
- die Frist für die Erledigung des Ersuchens sowie die Begründung einer Dringlichkeit;
- die Genehmigung der Justizbehörden, sofern erforderlich;
- den Antrag auf Teilnahme eines Vertreters der ersuchenden Behörde im Laufe der Erledigung des Ersuchens;
- die Identitätsdaten der betroffenen Person in dem zur Erledigung des Ersuchens erforderlichen Umfang, soweit bekannt.

(2) Die Behörden der Vertragsstaaten können bei der Durchführung dieses Vertrages die deutsche und die ungarische Sprache gleichermaßen verwenden; die Verwendung einer anderen Sprache kann vereinbart werden.

Artikel 6 Maßnahmen in dringenden Fällen

(1) Die Behörden der Vertragsstaaten können entsprechend ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften auf Ersuchen im Interesse der Sicherung von Spuren und Beweisen zur Ausweisleistung auffordern, an öffentlichen Orten verstärkte Kontrollmaßnahmen durchführen, Bauten, Gebäude, Örtlichkeiten, Kleidung, Gepäck und Fahrzeuge durchsuchen und die gesuchte Person vorführen.

(2) Die Bestimmungen des Artikels 4 des vorliegenden Vertrages sind sinngemäß anzuwenden.

(3) Über die Durchführung der in Absatz 1 beschriebenen Maßnahmen ist die ersuchende Behörde unverzüglich zu unterrichten.

Artikel 7 Bereiche des Informationsaustausches

(1) Die Behörden der Vertragsstaaten übermitteln im Verlauf ihrer Zusammenarbeit im Interesse der Vorbeugung, Verhinderung und Aufklärung von

strafbaren Handlungen, vor allem organisierter Kriminalität, auf Ersuchen folgende Informationen:

- a) die Daten der an organisierter Kriminalität Beteiligten, Angaben über Verbindungen der Täter, die mit der Begehung der strafbaren Handlung zusammenhängen, ihre Kenntnisse über den Aufbau der Verbrecherorganisationen und Verbrechergruppen sowie über das typische Täter- und Gruppenverhalten, Informationen über vorbereitete, versuchte beziehungsweise begangene Straftaten, insbesondere über Zeitpunkt, Ort und Art des Verbrechens, Angaben über die angegriffenen Objekte, Erkenntnisse über die besonderen Umstände sowie über die einschlägigen Strafrechtsnormen und die ergriffenen Maßnahmen, sofern diese für die Vorbeugung, Verhinderung oder Aufklärung der strafbaren Handlungen notwendig sind;
- b) Informationen über Methoden und neue Formen der internationalen Kriminalität;
- c) ihre kriminalistischen, kriminologischen und sonstigen mit Straftaten zusammenhängenden Forschungsergebnisse, Angaben über die Praxis der Durchführung der Ermittlungen, Arbeitsmethoden und Mittel zum Zweck deren Weiterentwicklung;
- d) auf Ersuchen stellen sie einander Erkenntnisse oder Muster jener Gegenstände zur Verfügung, gegen die die Straftat begangen wurde, mit denen die Straftat begangen wurde, die hierzu vorgesehen waren oder die durch die Begehung der Straftat entstanden sind;
- e) die rechtliche Normierung der den Gegenstand des vorliegenden Vertrages bildenden Straftaten;
- f) mit Begehung der Straftat oder in Zusammenhang mit dieser erworbene Vermögen betreffende Informationen.

(2) Bei der Sammlung von Informationen mit besonderen Mitteln arbeiten die Behörden der Vertragsstaaten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zusammen. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, für die im Rahmen eines solchen Informationsaustausches übermittelten Daten mindestens den selben Schutz zu gewähren, den die jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorschreiben.

Artikel 8 **Informationsübermittlung ohne Ersuchen**

Die Behörden der Vertragsstaaten können einander im Einzelfall nach Maßgabe ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften auch ohne Ersuchen Informationen übermitteln, die für die Behörden des anderen Vertragsstaates bei der Abwehr von

Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie bei der Bekämpfung und Aufklärung von strafbaren Handlungen notwendig sind. Für den Informationsaustausch sind die Bestimmungen des Artikels 4 des vorliegenden Vertrages sinngemäß anzuwenden.

Artikel 9 **Unmittelbarer Informationsaustausch**

(1) Zwischen den Behörden der Vertragsstaaten kann die Übermittlung und Beantwortung von Ersuchen unmittelbar erfolgen, wenn

- a) die im Grenzgebiet zuständigen Behörden die Information von einander erbitten und sich die erteilte Information ausschließlich auf das Grenzgebiet bezieht, oder
- b) der Informationsaustausch über die Zentralstellen einen Verzug bewirken würde, der das Verfahrensinteresse oder die erfolgreiche Erledigung des Ersuchens gefährden würde.

(2) Die Information ist insbesondere dann als mit dem Grenzgebiet verbunden anzusehen, wenn die Angabe

- a) sich auf eine vom Ersuchen betroffene Person bezieht, deren Wohnsitz beziehungsweise Aufenthaltsort sich im Grenzgebiet befindet, oder wenn es als wahrscheinlich anzusehen ist, dass sich die betroffene Person im Zeitraum des Ersuchens dort aufhält,
- b) sich auf die im Grenzgebiet entfaltete Tätigkeit der durch das Ersuchen betroffenen Person bezieht,
- c) sich auf eine Sache bezieht, von der als wahrscheinlich anzusehen ist, dass sie sich im Grenzgebiet befindet, oder
- d) sich auf den im Grenzgebiet befindlichen Sitz beziehungsweise die Tätigkeit einer juristischen Person bezieht.

(3) Der unmittelbare Informationsaustausch nach den Absätzen 1 und 2 erstreckt sich auf

- a) die Übermittlung von im Strafregister befindlichen Daten,
- b) die Feststellung und Bestätigung von Identität, Aufenthalts- und Wohnort,
- c) Eigentümer- und Halterfeststellungen sowie Fahrer- und Führerermittlungen bei Straßen-, Wasser- und Luftfahrzeugen,
- d) die Überprüfung des Vorhandenseins, der Gültigkeit und der Einschränkungen des Führerscheins beziehungsweise des Schiffsführerscheins,
- e) die Übergabe individueller Identifizierungsdaten von Fahrzeugen (Kennzeichen, Fahrgestellnummer, Motornummer).

- f) die Überprüfung des Vorhandenseins, der Gültigkeit beziehungsweise der Einschränkungen der Genehmigung zum Besitz und Führen einer Schusswaffe.
- g) die Feststellung des Eigentümers, des Abonnenten und des Inhabers von Telekommunikationsgeräten.
- h) das Einziehen von Erkundigungen über Gegenstände und Muster.
- i) die Ausforschung einer besonders sachverständigen Person.

Kapitel III **Besondere Formen der Zusammenarbeit der Behörden**

Artikel 10 **Grenzüberschreitende Observation**

(1) Die Behörden der Vertragsstaaten sind im Laufe ihrer im eigenen Lande geführten Aufklärungsarbeit berechtigt, die Observation von Personen, die im Verdacht stehen, an einer in Absatz 2 angeführten strafbaren Handlung beteiligt zu sein, sowie von Personen, die mit solchen in Kontakt stehen oder in Kontakt treten, auch auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates fortzusetzen, wenn die Zentralstelle des letzteren Vertragsstaates der grenzüberschreitenden Observation auf der Grundlage eines zuvor gestellten Rechtshilfeersuchens zugestimmt hat. Die Zustimmung kann mit Auflagen verbunden werden.

(2) Eine grenzüberschreitende Observation ist bei Verdacht von strafbaren Handlungen, die die Ausstellung eines europäischen Haftbefehls rechtfertigen würden, möglich. Die Behörden der Vertragsstaaten können bei begründetem Verdacht von solchen strafbaren Handlungen auch die mit dem Verdächtigen in Kontakt stehende Person observieren, von der begründet angenommen werden kann, dass sie zur Identifizierung oder Auffindung des Verdächtigen führen kann.

(3) Auf Verlangen der Behörden des ersuchten Vertragsstaates ist die Observation an diese Behörden zu übergeben. Auf Ersuchen kann die Behörde des ersuchten Vertragsstaates bei der Observation Hilfe leisten.

(4) Die zur Observation erteilte Zustimmung gilt jeweils für das gesamte Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten. Im Laufe der Observation darf die gemeinsame Staatsgrenze der Vertragsstaaten auch außerhalb zugelassener Grenzübergänge und außerhalb festgesetzter Öffnungszeiten überschritten werden.

(5) Bei Gefahr im Verzug kann die Observation auch ohne die in Absatz 1 angeführte vorherige Zustimmung fortgesetzt werden. In diesem Falle ist die zuständige Behörde des ersuchten Vertragsstaates beim Überschreiten der Staatsgrenze unverzüglich zu verständigen. Das Ersuchen ist nachträglich unverzüglich der Zentralstelle des ersuchten Vertragsstaates zu übermitteln. Im Ersuchen sind die Gründe anzuführen, die das Überschreiten der Staatsgrenze ohne vorherige Zustimmung notwendig machen.

(6) Die in Absatz 5 angeführten zuständigen Behörden sind:

- a) auf Seiten der Republik Österreich: Bundesministerium für Inneres/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit/Bundeskriminalamt;
- b) auf Seiten der Republik Ungarn: Kriminalversorgungsdirektion des Landespolizeipräsidiums.

(7) Die Observation nach Absatz 5 ist unverzüglich einzustellen, sobald nach Einlangen des Ersuchens die Behörde des ersuchten Vertragsstaates dies verlangt, ferner, wenn innerhalb von fünf Stunden nach Übermittlung des Ersuchens die für dessen Erledigung notwendige Zustimmung nicht vorliegt.

(8) Die Observation ist ausschließlich unter den nachstehenden Voraussetzungen zulässig:

- a) Die observierenden Beamten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und an das innerstaatliche Recht jenes Vertragsstaates gebunden, auf dessen Hoheitsgebiet sie auftreten; sie haben die Anordnungen der örtlich zuständigen Behörden zu befolgen;
- b) für die für die Observation eingesetzten Fahrzeuge gelten dieselben Verkehrsvorschriften wie für die von den Behörden des ersuchten Vertragsstaates eingesetzten Fahrzeuge;
- c) vorbehaltlich der Fälle des Absatzes 5 führen die Beamten während der Observation ein Dokument mit sich, aus dem sich ergibt, dass die Zustimmung erteilt worden ist;
- d) die observierenden Beamten müssen in der Lage sein, jederzeit ihre amtliche Funktion nachzuweisen;
- e) die observierenden Beamten dürfen Privatwohnungen und für die Öffentlichkeit nicht zugängliche Orte während der Observation nicht betreten, sie dürfen öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumlichkeiten während der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftszeiten betreten;
- f) die observierenden Beamten haben für die Zentralstelle des ersuchten Vertragsstaates einen Bericht zu verfassen;

- g) sofern für die Durchführung der Observation auch technische Mittel erforderlich sind, können diese dann verwendet werden, wenn dies die Rechtsvorschriften des ersuchten Vertragsstaates zulassen; die zum Einsatz gelangenden technischen Mittel sind im Ersuchen nach Absatz 1 anzuführen.

Artikel 11 **Grenzüberschreitende Nacheile**

(1) Beamte der Behörden des ersuchenden Vertragsstaates, die in ihrem Land eine Person verfolgen, die auf dem Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates bei der Begehung oder Vorbereitung einer in Artikel 10 Absatz 2 angeführten Straftat

a) betreten wurde oder

b) die aus der Haft, der vorläufigen Festnahme oder vor einer Freiheitsstrafe wegen einer solchen Straftat geflohen ist, und

wenn der aus der Benachrichtigung der Behörden des ersuchten Vertragsstaates entstehende Verzug die Festnahme des Verdächtigen erheblich erschweren beziehungsweise Interessen der Strafverfolgung schwer gefährden würde, ferner wenn es als wahrscheinlich angenommen werden kann, dass die Behörde des ersuchten Vertragsstaates die Nacheile nicht rechtzeitig übernehmen könnte, sind befugt, die Verfolgung auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates ohne vorherige Zustimmung fortzusetzen.

(2) In dem in Absatz 1 angeführten Fall ist die zuständige Behörde des ersuchten Vertragsstaates unverzüglich, jedoch spätestens bei Überschreiten der Staatsgrenze, zu benachrichtigen.

(3) Die in Absatz 2 genannten zuständigen Behörden sind:

a) auf Seiten der Republik Österreich:

- die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Burgenland;

b) auf Seiten der Republik Ungarn:

abhängig vom jeweiligen Ort des Grenzübertrittes

- das Polizeipräsidium des Komitates Győr-Moson-Sopron oder

- das Polizeipräsidium des Komitates Vas.

(4) Die Nacheile ist unverzüglich einzustellen, wenn die Behörde des ersuchten Vertragsstaates dies verlangt.

(5) Wenn der nacheilende Beamte des ersuchenden Vertragsstaates dies beantragt, hält die Behörde des ersuchten Vertragsstaates die verfolgte Person zwecks Feststellung der Identität an.

(6) Wird die Einstellung der Verfolgung von der Behörde des ersuchten Vertragsstaates nicht verlangt und kann diese Behörde nicht rechtzeitig eingreifen, darf der nacheilende Beamte des ersuchenden Vertragsstaates die Person am Ort anhalten. Über diese Maßnahme ist die Behörde des ersuchten Vertragsstaates unverzüglich zu unterrichten.

(7) Die Nacheile kann auf dem gesamten Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten ohne zeitliche Begrenzung ausgeübt werden.

(8) Die Nacheile darf unter folgenden Voraussetzungen ausgeübt werden:

- a) Die nacheilenden Beamten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und an das innerstaatliche Recht jenes Vertragsstaates gebunden, auf dessen Hoheitsgebiet sie auftreten;
- b) für die zur Nacheile eingesetzten Fahrzeuge gelten dieselben Verkehrsvorschriften wie für die von den Behörden des ersuchten Vertragsstaates eingesetzten Fahrzeuge. An den Fahrzeugen sind zur Erkennung notwendige Unterscheidungszeichen zu verwenden;
- c) die nacheilenden Beamten müssen in der Lage sein, jederzeit ihre amtliche Funktion nachzuweisen;
- d) die nacheilenden Beamten dürfen Privatwohnungen und für die Öffentlichkeit nicht zugängliche Orte während der Nacheile nicht betreten, sie dürfen öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumlichkeiten während der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftszeiten betreten;
- e) sofern für die Durchführung der Nacheile auch technische Mittel erforderlich sind, können diese dann verwendet werden, wenn dies die Rechtsvorschriften des ersuchten Vertragsstaates zulassen; die zum Einsatz gelangenden technischen Mittel sind im Ersuchen nach Absatz 1 anzuführen;
- f) die nacheilenden Beamten müssen als solche eindeutig erkennbar sein, entweder durch eine Uniform, eine Armbinde oder durch an dem Fahrzeug angebrachte Zusatzeinrichtungen;
- g) die von der angehaltenen Person mitgeführten Gegenstände dürfen bis zum Eintreffen der Beamten der zuständigen Behörden vorläufig sichergestellt werden. Während der Beförderung dürfen der angehaltenen Person Handschellen angelegt werden. Mit der festgenommenen Person zusammen sind auch jene Gegenstände der Behörde zu übergeben, die vorläufig beschlagnahmt wurden;
- h) die nacheilenden Beamten haben nach Beendigung der Nacheile der in Absatz 3 genannten Behörde des ersuchten Vertragsstaates über das Ergebnis Bericht zu erstatten. Dabei sind sie auf Verlangen der Behörde des ersuchten Vertragsstaates verpflichtet, für die Dauer der entsprechenden Klärung der

Umstände der Nacheile persönlich vor Ort zu sein. Gleiches gilt, wenn die verfolgte Person nicht festgenommen werden konnte.

(9) Die im Rahmen der Nacheile festgenommene Person wird von der zuständigen Behörde des ersuchten Vertragsstaates einvernommen. Die persönliche Freiheit der festgenommenen Person kann nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates beschränkt werden.

Artikel 12 **Kontrollierte Lieferung**

(1) Die Behörden der Vertragsstaaten können aufgrund von Vereinbarungen im Einzelfall kontrollierte Lieferungen durchführen.

(2) Zeitpunkt und Art der kontrollierten Lieferung sowie das Maß ihrer Mitwirkung wird zwischen den zuständigen Behörden vereinbart. Wenn von der Lieferung ein nicht vertretbares Risiko für die am Transport beteiligten Personen oder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht, kann die kontrollierte Lieferung von der Behörde des ersuchten Vertragsstaates beschränkt oder abgelehnt werden.

(3) Die kontrollierte Lieferung wird von den Behörden des ersuchten Vertragsstaates geleitet. Die kontrollierte Lieferung ist so durchzuführen, dass der Transport jederzeit angehalten werden kann. Nach der Übernahme können die Behörden des ersuchenden Vertragsstaates den Transport begleiten, doch dürfen sie keine Behördenfunktionen wahrnehmen. Dabei haben die Behörden des ersuchenden Vertragsstaates nach den Bestimmungen dieses Artikels, den innerstaatlichen Rechtsvorschriften des ersuchten Vertragsstaates und den Anordnungen der zuständigen Behörde des ersuchten Vertragsstaates vorzugehen.

(4) Ersuchen um kontrollierte Lieferung haben neben den in Artikel 5 Absatz 1 des vorliegenden Vertrages vorgegebenen Angaben auch Folgendes zu beinhalten:

- a) Gegenstand, voraussichtliche Strecke und Dauer der Lieferung, Art der Lieferung, zur Identifizierung des Transportmittels geeignete Daten;
- b) Art der Begleitung;
- c) Zahl der an der Begleitung Beteiligten;
- d) Umstände von Übergabe und Übernahme der Lieferung;
- e) im Falle des Zugriffs vorzunehmende Maßnahmen.

(5) Verdeckte Ermittler können an der Begleitung der kontrollierten Lieferung nur nach Zustimmung der nach innerstaatlichem Recht bestimmten Justizbehörden der Vertragsstaaten teilnehmen.

(6) Bei Gefahr im Verzug können die Behörden der Vertragsstaaten das Ersuchen für die kontrollierte Lieferung auch direkt übermitteln beziehungsweise empfangen. Das Ersuchen ist nachträglich unverzüglich an die Zentralstellen der Vertragsstaaten weiterzuleiten. Dem Ersuchen sind auch die Dokumente beizufügen, die die kontrollierte Lieferung begründen.

(7) Für die Durchführung dieses Artikels zuständige Behörden sind:

a) auf Seiten der Republik Österreich:

- Bundesministerium für Inneres/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit/Bundeskriminalamt;

b) auf Seiten der Republik Ungarn:

- ORFK NEBEK.

Artikel 13 **Einsatz verdeckter Ermittler**

(1) Auf der Grundlage eines an die Zentralstellen gerichteten Ersuchens stimmen die Vertragsstaaten dem Einsatz verdeckter Ermittler des ersuchenden Vertragsstaates auf dem eigenen Hoheitsgebiet zu, wenn dies zur erfolgreichen Aufklärung einer auf dem Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates begangenen oder vorbereiteten strafbaren Handlung, die die Voraussetzungen für die Erlassung eines europäischen Haftbefehls erfüllt, erforderlich ist, vorausgesetzt, dass die Aufklärung der strafbaren Handlung ohne Einsatz des verdeckten Ermittlers unmöglich wäre oder wesentlich erschwert würde. Auf Verlangen des ersuchenden Vertragsstaates kann auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates auch der verdeckte Ermittler des ersuchten Vertragsstaates eingesetzt werden.

(2) Bedarf der Einsatz des verdeckten Ermittlers der Genehmigung der nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragsstaaten bestimmten Justizbehörde, so darf der verdeckte Ermittler erst nach Einholung dieser Zustimmung eingesetzt werden. Die Zustimmung gilt jeweils für das gesamte Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten.

(3) Das Ersuchen um Einsatz des verdeckten Ermittlers hat über die in Artikel 5 Absatz 1 des vorliegenden Vertrages bestimmten Angaben hinausgehend Folgendes zu beinhalten:

- a) Dauer und Bedingungen des Einsatzes des verdeckten Ermittlers:
- b) Rechte und Pflichten des verdeckten Ermittlers:
- c) im Falle der Enttarnung des verdeckten Ermittlers vorzunehmende Maßnahmen:
- d) Informationen über die Bestimmungen der strafrechtlichen Haftung des verdeckten Ermittlers und wegen in seinem Funktionsbereich verursachter Schäden.

(4) Der Einsatz des verdeckten Ermittlers beschränkt sich immer auf einzelne, zeitlich begrenzte Fälle und dauert höchstens einen Monat. Die Einsatzdauer des verdeckten Ermittlers kann verlängert werden. Die Vorbereitung des Einsatzes des verdeckten Ermittlers erfolgt in Abstimmung zwischen den Behörden der Vertragsstaaten. Der verdeckte Ermittler darf seine Tätigkeit nach der Vereinbarung der Zentralstellen und nach Einholung der in Absatz 2 genannten Genehmigung aufnehmen.

(5) Die Leitung des Einsatzes obliegt der Behörde des ersuchten Vertragsstaates. Für die Handlungen des verdeckten Ermittlers gelten grundsätzlich die Rechtsvorschriften des ersuchten Vertragsstaates. Darüber hinaus hat er die Rechtsvorschriften des ersuchenden Vertragsstaates zu beachten.

(6) Auf Verlangen der Behörde des ersuchten Vertragsstaates ist die verdeckte Ermittlung unverzüglich zu beenden.

(7) In den in Absatz 4 beschriebenen Fällen werden Notwendigkeit und Bedingungen des Einsatzes des verdeckten Ermittlers sowie die Maßgaben für die Verwendung der Ermittlungsergebnisse von der hierzu bestimmten Behörde des ersuchten Vertragsstaates festgelegt. Hierüber ist die Behörde des ersuchenden Vertragsstaates zu unterrichten.

(8) Der ersuchte Vertragsstaat kann für die Tätigkeit des verdeckten Ermittlers personelle, logistische und technische Unterstützung leisten. Die Behörde des ersuchten Vertragsstaates trifft alle für die Sicherheit des verdeckten Ermittlers des ersuchenden Vertragsstaates notwendigen Maßnahmen.

Artikel 14

Errichtung von gemeinsamen Ermittlungsgruppen

(1) Die zentralen Behörden der Vertragsstaaten können aufgrund ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften gemeinsame Ermittlungsgruppen zum Zwecke

der Aufklärung von strafbaren Handlungen, die die Ausstellung eines europäischen Haftbefehls rechtfertigen würden, errichten, dies insbesondere wenn:

- a) die Aufklärung einer strafbaren Handlung, die sich auf mehrere Mitgliedstaaten erstreckt, schwierig und aufwändig ist;
- b) wegen der strafbaren Handlung in mehreren Staaten Ermittlungen zur Aufdeckung von Straftaten anhängig sind, und daher eine Abstimmung der Ermittlungen erforderlich ist.

(2) Die gemeinsame Ermittlungsgruppe kommt aufgrund einer Vereinbarung im Einzelfall der zentralen Behörden zustande. Die Vereinbarung hat insbesondere Folgendes zu beinhalten:

- a) die Beschreibung der strafbaren Handlung, für deren Aufklärung die Ermittlungsgruppe errichtet wurde;
- b) den Tätigkeitsbereich;
- c) die Zusammensetzung der Ermittlungsgruppe beziehungsweise die Möglichkeit der Änderung der Zusammensetzung;
- d) den Leiter der Ermittlungsgruppe;
- e) die Dauer der Tätigkeit und die Voraussetzungen für eine Verlängerung;
- f) die Rechte und Pflichten des Beamten der ausländischen Behörde;
- g) die Tätigkeitsbedingungen;
- h) die organisatorischen Maßnahmen und die Bestreitung der Betriebskosten.

(3) Bedarf der Beamte des ersuchenden Vertragsstaates im Sinne des innerstaatlichen Rechts einer Genehmigung der Justizbehörden des ersuchten Vertragsstaates für die Teilnahme an einer bestimmten Handlung der gemeinsamen Ermittlungsgruppe, so darf diese Teilnahme erst nach Einholung der Genehmigung erfolgen.

(4) Die Leitung der gemeinsamen Ermittlungsgruppe obliegt der vereinbarten Behörde des ersuchten Vertragsstaates; weiters sorgt diese für die für die Tätigkeit der Ermittlungsgruppe notwendigen personellen und technischen Voraussetzungen.

(5) Der in der gemeinsamen Ermittlungsgruppe teilnehmende Beamte des ersuchenden Vertragsstaates ist auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates zur selbständigen Durchführung von Amtshandlungen nicht berechtigt.

(6) Der in der gemeinsamen Ermittlungsgruppe teilnehmende Beamte des ersuchenden Vertragsstaates darf in seinem Besitz befindliche nicht klassifizierte Daten und Informationen in den gleichen Fällen und unter den gleichen Bedingungen übergeben wie er sie an seine eigenen Behörden übergeben würde.

(7) Der Zugang zu klassifizierten zur Arbeit der gemeinsamen Ermittlungsgruppe erforderlichen Daten für den Beamten des anderen Vertragsstaates wird von der Behörde, die die Errichtung der gemeinsamen Ermittlungsgruppe genehmigt, ermöglicht, vorausgesetzt, die Daten wurden von jenen Ermittlungsorganen klassifiziert, die an der im vorliegenden Vertrag geregelten Zusammenarbeit teilnehmen. Für die Übergabe von Daten, die von an der Zusammenarbeit nicht beteiligten Stellen klassifiziert wurden, ist die im innerstaatlichen Recht der Vertragsstaaten vorgesehene Genehmigung einzuholen.

(8) Der gemeinsamen Ermittlungsgruppe zur Verfügung gestellte Daten oder Informationen dürfen ausschließlich für folgende Zwecke verwendet werden:

- a) zur Aufklärung jener strafbaren Handlung, für die die gemeinsame Ermittlungsgruppe errichtet wurde;
- b) mit vorheriger Zustimmung des Vertragsstaates, der die Daten oder Informationen übergeben hat, auch zur Aufklärung oder Ermittlung anderer strafbarer Handlungen;
- c) zur Vorbeugung gegen die öffentliche Sicherheit unmittelbar und schwerwiegend gefährdende strafbare Handlungen beziehungsweise mit vorheriger Zustimmung des die Daten oder Informationen übergebenden Vertragsstaates in wegen solcher strafbarer Handlungen eingeleiteten Strafverfahren.

Artikel 15 **Entsendung von Verbindungsbeamten**

(1) Die zentrale Behörde eines Vertragsstaates kann mit Zustimmung der zentralen Behörde des anderen Vertragsstaates zu dessen Behörden Verbindungsbeamte auf bestimmte oder unbestimmte Dauer entsenden.

(2) Zweck der Entsendung von Verbindungsbeamten ist die Beschleunigung der zwischen den Vertragsstaaten auf Grundlage des vorliegenden Vertrages stattfindenden Zusammenarbeit und die Sicherstellung der fortlaufenden Hilfeleistung:

- a) durch Informationsaustausch zum Zwecke der Vorbeugung, Verhinderung und Aufklärung von strafbaren Handlungen;
- b) in der Erledigung von die Kriminalität betreffenden Ersuchen;
- c) durch die mit dem Schutz der Außengrenzen und der Durchführung von Rückübernahmeabkommen verbundene Hilfeleistung.

(3) Ferner leisten die Verbindungsbeamten den mit der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung beauftragten Behörden Hilfe, dies durch Übergabe der zur Besorgung ihrer Aufgaben notwendigen Informationen.

(4) Zur selbständigen Wahrnehmung von Strafvorbeugungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen sind die Verbindungsbeamten nicht befugt. Die Weiterleitung von Informationen und die Besorgung ihrer Aufgaben erfolgt nach den Anordnungen der Behörde des entsendenden Vertragsstaates unter Berücksichtigung der Ersuchen jener Behörde des empfangenden Vertragsstaates, bei der sie tätig sind.

Artikel 16 **Zeugenschutz**

(1) Die Vertragsstaaten können im Wege ihrer zuständigen Organe die Übersiedlung vom Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates und den anschließenden Schutz von im Laufe eines Strafverfahrens geschützten Zeugen, Opfern und Beschuldigten sowie mit Hinblick hierauf von weiteren Personen (in der Anwendung dieses Artikels im Folgenden: betroffene Personen) beantragen. Die Übergabe oder Übernahme des Schutzes der betroffenen Person darf das in den Vertragsstaaten anhängige Strafverfahren nicht behindern.

(2) Das Ersuchen um Übergabe oder Übernahme der betroffenen Person hat außer den in Artikel 5 Absatz 1 des vorliegenden Vertrages angeführten Angaben noch Folgendes zu beinhalten:

- a) den Anspruch auf Geheimhaltung;
- b) die Rolle der betroffenen Person im Strafverfahren;
- c) die Informationen über die bestehende Gefährdung und deren Ausmaß;
- d) den Grund der Übersiedlung der betroffenen Person in das Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates;
- e) Form und Ausmaß des vorgeschlagenen Schutzes;
- f) die erforderliche Dauer der Unterbringung im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates und die Möglichkeit einer Verlängerung;
- g) den Vorschlag betreffend den Aufenthaltsort der betroffenen Person beziehungsweise weitere für die Gewährleistung des Schutzes notwendige Unterlagen.

(3) Nach Entgegennahme des Ersuchens einigen sich die für den Schutz bestimmten Organe der Behörden der Vertragsstaaten unmittelbar über die

Übergabe beziehungsweise Übernahme, Art und Dauer des Schutzes sowie über die Kontakthaltung, die Bestreitung der Kosten und die Fälle der Kündigung des Schutzes.

Kapitel IV Sonstige Formen der Zusammenarbeit

Artikel 17 Zusammenarbeit in gemeinsamen Kontaktdienststellen

(1) Zur Erleichterung des Informationsaustausches und der Zusammenarbeit zwischen den Behörden können die Regierungen der Vertragsstaaten gemeinsame Kontaktdienststellen errichten.

(2) In den gemeinsamen Kontaktdienststellen arbeiten Beamte der Behörden der Vertragsstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten räumlich unmittelbar zusammen. Dabei wirken sie an dem in Artikel 9 des vorliegenden Vertrages beschriebenen unmittelbaren Informationsaustausch mit und unterstützen die Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Sinne dieses Vertrages.

(3) Die Zusammenarbeit kann auch die Vorbereitung der und die Mitwirkung bei der Übergabe und Übernahme von Personen umfassen.

(4) Den in den gemeinsamen Kontaktdienststellen tätigen Beamten obliegt über das in den Absätzen 2 und 3 Festgelegte hinausgehend nicht die selbständige Durchführung von Amtshandlungen. Sie unterstehen der Weisungs- und Disziplinargewalt ihrer jeweiligen innerstaatlichen Behörden.

(5) Die Orte und Bedingungen der Errichtung gemeinsamer Kontaktdienststellen sowie die Art der Zusammenarbeit und die Bestreitung der Kosten werden in gesonderten Vereinbarungen festgelegt.

Artikel 18 Gemischter Streifendienst entlang der Grenze

(1) Zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, zur Bekämpfung von Straftaten sowie zur Grenzüberwachung können die Behörden der Vertragsstaaten bis zu einer Entfernung von zehn Kilometern von der gemeinsamen Staatsgrenze einen gemischten Streifendienst durchführen.

(2) In Ausübung des gemischten Streifendienstes sind auch die Beamten des anderen Vertragsstaates befugt, die Identität von Personen festzustellen und diese, sofern sie sich der Kontrolle zu entziehen suchen, nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Amtshandlung erfolgt, anzuhalten.

(3) Andere Maßnahmen und Zwangsmaßnahmen sind durch Beamte des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet der gemischte Streifendienst stattfindet, durchzuführen, es sei denn, dass der Erfolg der Amtshandlung ohne Einschreiten der Beamten des anderen Vertragsstaates gefährdet wäre oder erheblich erschwert würde.

Kapitel V Datenschutz

Artikel 19 Kreis der personenbezogenen Daten, die übermittelt werden dürfen

Im Interesse der Erfüllung des vorliegenden Vertrages dürfen einander die Vertragsstaaten die folgenden personenbezogenen Daten übermitteln:

- a) Persönliche Identifizierungsdaten von Personen, die sich an Straftaten beteiligen und der mit der Straftat in Zusammenhang stehenden Kontakte solcher Personen: Familienname, eventuell früherer Familienname, Vorname, sonstige Namen (Pseudo-, Spitz- oder Zuname), Ort und Zeitpunkt der Geburt, Wohnsitz, Geschlecht, gegenwärtige und eventuelle frühere Staatsangehörigkeit;
- b) Daten des Reisepasses, des Identitätsdokumentes oder eines sonstigen Reisedokumentes (Nummer, Ausstellungsdatum, ausstellende Behörde, Ausstellungsort, Gültigkeitsdauer, territoriale Gültigkeit);
- c) Angaben über Finger- und Handflächenabdruck, DNS-Profil beziehungsweise -Muster, Personenbeschreibung und Foto des Verdächtigen;
- d) sonstige Angaben, die zur Identifizierung der betroffenen Person notwendig sind.

Artikel 20 Grundsätze

Anlässlich der Übermittlung von personenbezogenen Daten an den anderen Vertragsstaat im Rahmen der im vorliegenden Vertrag bestimmten Zusammenarbeit sind folgende Bestimmungen anzuwenden:

- a) Im Ersuchen sind Umfang und Verwendungszweck der beantragten Daten anzugeben;
- b) von dem die Daten empfangenden Vertragsstaat (im Weiteren: empfangender Staat) dürfen die Daten nur für die im vorliegenden Vertrag bestimmten Zwecke und unter den vom übermittelnden Vertragsstaat (im Weiteren: übermittelnder Staat) festgelegten Bedingungen verwendet werden. Auf Verlangen des übermittelnden Staates erteilt der empfangende Staat Auskunft an die übermittelnde Behörde über die Verwendung der übermittelten personenbezogenen Daten;
- c) vor Übermittlung der Daten hat sich der übermittelnde Staat nach Feststellung, dass die Übermittlung der Daten notwendig und verhältnismäßig ist und mit dem innerstaatlichen Recht in Einklang steht, von der Richtigkeit der zu übermittelnden Daten zu überzeugen;
- d) bei Übermittlung der Daten hat der übermittelnde Staat die seinem innerstaatlichen Recht entsprechende Lösungsfrist für die Daten anzugeben. Teilt die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle spezielle Aufbewahrungsfristen mit, so sind diese von der empfangenden Stelle einzuhalten;
- e) personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die in Artikel 1 Ziffer 1 genannten Behörden übermittelt werden. An andere Behörden dürfen die Daten mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des übermittelnden Staates weitergeleitet werden.

Artikel 21 Richtigstellung und Löschung der Daten

(1) Personenbezogene Daten, die aufgrund des vorliegenden Vertrages übermittelt worden sind, sind zu vernichten beziehungsweise zu löschen, wenn

- a) sich die Unrichtigkeit der übermittelten Daten ergibt;
- b) die Beschaffung oder Übermittlung der Daten nicht rechtmäßig erfolgte oder rechtmäßig übermittelte Daten gemäß dem Recht des übermittelnden Staates zu einem späteren Zeitpunkt zu löschen sind;
- c) die Daten nicht oder nicht mehr zur Erfüllung der für die Übermittlung maßgeblichen Aufgabe benötigt werden, es sei denn, der übermittelnde Staat hat der Verwendung der Daten für einen anderen, vom vorliegenden Vertrag erfassten Zweck, zugestimmt.

(2) Über die im Absatz 1 lit. a) und b) genannten Umstände ist der empfangende Staat unverzüglich zu benachrichtigen und hat die nicht übermittelbaren Daten zu vernichten beziehungsweise zu löschen. Hat die empfangende Behörde Grund zur Annahme, dass übermittelte Daten unrichtig sind oder zu vernichten beziehungsweise zu löschen sind, benachrichtigt sie die übermittelnde Behörde unverzüglich hierüber.

(3) Wird dies von der übermittelnden Behörde verlangt, so sind die übermittelten unrichtigen Daten unverzüglich zu berichtigen.

(4) Die empfangenen personenbezogenen Daten sind bei Erreichung des bei der Übernahme angegebenen Verwendungszweckes auch dann zu löschen, wenn die Lösungsfrist noch nicht abgelaufen ist. Über die Löschung der übermittelten Daten und deren Grund unterrichten einander die Vertragsstaaten unverzüglich. Bei Aufhebung des vorliegenden Vertrages sind alle personenbezogenen Daten zu löschen.

Artikel 22 **Protokollierung der übermittelten Daten**

(1) Die Behörden sind verpflichtet, über die aufgrund des vorliegenden Vertrages übermittelten und empfangenen Daten Protokollaufzeichnungen zu führen. In den Aufzeichnungen sind mindestens Anlass, Inhalt, Empfangsstelle und Zeitpunkt der Datenübermittlung festzuhalten. Übermittlungen im Online-Verfahren sind automationsunterstützt zu protokollieren.

(2) Die Protokollaufzeichnungen sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren; die Protokollaufzeichnungen über die übermittelten Sonderdaten sind entsprechend den diese Daten betreffenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften aufzubewahren.

(3) Die Protokoll Daten dürfen ausschließlich zur Kontrolle, ob die maßgeblichen Datenschutzvorschriften eingehalten worden sind, verwendet werden.

(4) Die empfangenden Behörden sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen zufällige oder unbefugte Zerstörung, zufälligen Verlust, unbefugten Zugang, unbefugte oder zufällige Veränderung oder unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 23

Auskunftserteilung an die betroffene Person

(1) Jede Person, deren Identität entsprechend geklärt wurde, ist berechtigt, von der die Daten verwendenden Behörde ohne unzumutbare Verzögerung oder übermäßige Kosten in allgemein verständlicher Form in angemessenen Zeitabständen Auskunft über die vorhandenen, sie betreffenden personenbezogenen Informationen, deren Herkunft, den vorgesehenen Verwendungszweck, allfällige Empfänger oder Empfängerkreise und die Rechtsgrundlage der Verwendung zu erhalten. Die Einzelheiten des Verfahrens richten sich nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dem die Auskunft beantragt wird.

(2) In den in Absatz 1 beschriebenen Fällen hat der empfangende Staat mit dem übermittelnden Staat darüber zu beraten, ob der betroffenen Person vom empfangenden Staat Auskunft über ihre registrierten personenbezogenen Daten und deren Verwendungszweck erteilt werden kann. Der empfangende Staat hat der diesbezüglichen Stellungnahme des übermittelnden Staates entsprechend vorzugehen.

(3) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, dem Betroffenen den Grund der Auskunftsverweigerung mitzuteilen, falls dies die Rechtsvorschriften des übermittelnden Staates ermöglichen. Die Vertragsstaaten unterrichten einander dementsprechend.

(4) Auf Antrag des Betroffenen sind der übermittelnde wie auch der empfangende Staat verpflichtet, die unrichtigen Daten zu berichtigen beziehungsweise die rechtswidrig verarbeiteten Daten zu löschen. Über die Berichtigung beziehungsweise Löschung ist der andere Vertragsstaat unverzüglich zu unterrichten.

(5) Von den Vertragsstaaten wird sichergestellt, dass der Betroffene sich im Falle der Verletzung seiner Datenschutzrechte mit einer wirksamen Beschwerde an ein unabhängiges Gericht oder an eine andere kompetente Behörde wenden kann, und dass ihm ein Schadenersatzanspruch oder Abhilfe anderer Art zusteht.

Artikel 24

Datenverarbeitung bei Vorgehen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates

(1) Die Kontrolle der Verarbeitung personenbezogener Daten, die im Rahmen der Durchführung des vorliegenden Vertrages beim Vorgehen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates beschafft worden sind, obliegt der zuständigen Behörde des Vertragsstaates, für die diese personenbezogenen Daten beschafft worden sind. Die

Datenverarbeitung erfolgt nach dem innerstaatlichen Recht dieses Vertragsstaates. Dabei sind mit der Genehmigung verbundene Auflagen, die von der Genehmigungsbehörde festgelegt werden, zu beachten.

(2) Beamte der Behörden, die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ihre Aufgaben besorgen, darf kein direkter Zugriff auf in diesem Vertragsstaat automationsunterstützt verarbeitete personenbezogene Daten gewährt werden.

Artikel 25 **Schutz klassifizierter Informationen**

(1) Für die in Durchführung des vorliegenden Vertrages empfangenen klassifizierten Informationen gewährleisten die Vertragsstaaten die vom übermittelnden Vertragsstaat bestimmte Klassifizierungsstufe und den gleichwertigen Schutz.

(2) Die Bezeichnungen der klassifizierten Informationen und ihre Entsprechung sind die folgenden:

Auf dem Träger der klassifizierten Informationen werden von der Republik Österreich:

die Klassifizierungsstufen

- a) „Streng geheim“ („Szigorúan titkos!“),
- b) „Geheim“ („Titkos!“),
- c) „Vertraulich“ („Bizalmas!“) oder
- d) „Eingeschränkt“ („Korlátozott terjesztésű!“)

angegeben.

Auf dem Träger der klassifizierten Informationen werden von der Republik Ungarn:

die Klassifizierungsstufen

- a) „Szigorúan titkos!“ („Streng geheim“),
- b) „Titkos!“ („Geheim“),
- c) „Bizalmas!“ („Vertraulich“) oder
- d) „Korlátozott terjesztésű!“ („Eingeschränkt“)

angegeben.

Die Behandlung der Datenträger erfolgt in beiden Vertragsstaaten entsprechend der obigen Klassifizierung.

(3) Der übermittelnde Staat hat die Gültigkeitsdauer der Klassifizierung anzugeben.

(4) Im Sinne dieses Artikels übermittelte Unterlagen, Daten, Informationen und technische Einrichtungen dürfen an dritte Staaten nur mit schriftlicher Zustimmung der zuständigen Behörde des übermittelnden Staates weitergegeben werden.

(5) Zur Beaufsichtigung des Schutzes der auf Grund dieses Artikels übermittelten klassifizierten Informationen bestimmte Organe:

auf Seiten der Republik Österreich:

Informationssicherheitskommission;

auf Seiten des Republik Ungarn:

Innenministerium, Geheimnisschutzbüro.

Kapitel VI

Rechtsverhältnisse bei Amtshandlungen im anderen Vertragsstaat

Artikel 26

Bestimmungen über Einreise und Aufenthalt

(1) Beamte der Behörden der Vertragsstaaten können zur Verrichtung ihrer sich aus dem vorliegenden Vertrag ergebenden Aufgaben in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates mit einem mit einem Lichtbild versehenen gültigen Dienstaussweis einreisen und sich dort für die Dauer der Verrichtung ihrer dienstlichen Aufgaben ohne besondere Genehmigung aufhalten.

(2) Der verdeckte Ermittler kann ohne besondere Genehmigung mit einem Deckdokument in das Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates einreisen und sich dort für die Dauer der Erfüllung seiner dienstlichen Aufgaben aufhalten.

Artikel 27

Bestimmungen über das Tragen von Uniformen sowie den Gebrauch von Dienstwaffen und Zwangsmitteln

(1) Mangels anders lautender Bestimmungen des vorliegenden Vertrages ist der Beamte des ersuchenden Vertragsstaates im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates:

a) zum Tragen einer Uniform berechtigt;

b) berechtigt, den seinerseits auf frischer Tat betretenen oder die Flucht versuchenden Verdächtigen festzunehmen und zurückzuhalten, er hat diesen aber unverzüglich der örtlich zuständigen Behörde des ersuchten Vertragsstaates zu übergeben.

(2) Der Beamte des ersuchenden Vertragsstaates darf während der Verrichtung seiner sich aus dem vorliegenden Vertrag ergebenden Aufgaben auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates sowie während seiner Hin- und Rückreise seine Dienstwaffe und die notwendige Dienstausrüstung mit sich führen. In den im vorliegenden Vertrag angeführten Fällen dürfen körperlicher Zwang und Zwangsmittel unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit angewendet werden. Im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates darf die Dienstwaffe nur im Falle der Notwehr und der Nothilfe gebraucht werden.

Artikel 28 **Dienst- und öffentliche Dienstverhältnisse**

Für das Dienstverhältnis, das Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst, das Arbeitsverhältnis und für die disziplinarrechtliche Verantwortlichkeit des Beamten der Behörde des ersuchenden Vertragsstaates gelten die Rechtsvorschriften seines eigenen Staates.

Artikel 29 **Haftung für Schäden**

(1) Die Vertragsstaaten verzichten gegenseitig auf den Ersatz von Schäden, die der Beamte der Behörde des ersuchenden Vertragsstaates bei der Erfüllung seiner aus dem vorliegenden Vertrag sich ergebenden Aufgaben dem ersuchten Vertragsstaat verursacht hat, ausgenommen sind vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachte Schäden.

(2) Verursacht der Beamte der Behörde eines Vertragsstaates in Ausübung seiner aus dem vorliegenden Vertrag sich ergebenden Aufgaben auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates Dritten einen Schaden, haftet dieser gegenüber den geschädigten Dritten unter den gleichen Voraussetzungen und im gleichen Umfang, wie wenn ein Beamter der eigenen Behörde im eigenen Hoheitsgebiet den Schaden verursacht hätte.

(3) In den in Absatz 2 angeführten Fällen ersetzt der ersuchende Vertragsstaat den vom ersuchten Vertragsstaat an die Geschädigten oder Schadenersatzberechtigten geleisteten Schadenersatz, es sei denn, der Schaden wurde vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht.

Artikel 30

Strafrechtliche Haftung

Die Beamten, die nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, sind in Bezug auf Straftaten, die sie begehen oder die ihnen gegenüber begangen werden, den Beamten des anderen Vertragsstaates gleichgestellt.

Artikel 31

Vorbehalt des innerstaatlichen Rechts in Fiskal- und Zollsachen

- (1) Dieser Vertrag ist auf Abgaben-, Steuer-, Zoll- und Devisenangelegenheiten nicht anzuwenden.
- (2) Informationen, die im Rahmen einer Zusammenarbeit gemäß diesem Vertrag erlangt worden sind, dürfen zur Festsetzung von Abgaben, Steuern und Zöllen sowie in Abgaben-, Steuer-, Zoll- und Devisenangelegenheiten nicht verwendet werden, es sei denn, dass der ersuchte Vertragsstaat diese Informationen ausdrücklich für ein solches Verfahren zur Verfügung gestellt hat.

Kapitel VII

Schlussbestimmungen

Artikel 32

Verweigerung der Hilfeleistung

Wenn die Hilfeleistung die Souveränität, die Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder sonstige grundsätzliche Interessen des Staates gefährdet oder wenn sie mit den Rechtsnormen des Vertragsstaates kollidiert, kann jeder Vertragsstaat die Hilfeleistung zum Teil oder zur Gänze verweigern oder an Bedingungen knüpfen.

Artikel 33
Änderung der Bezeichnung oder der Zuständigkeit von Behörden

Über Änderungen der für die Durchführung des vorliegenden Vertrages zuständigen Behörden und Zentralstellen unterrichten die Vertragsstaaten einander schriftlich auf diplomatischem Wege.

Artikel 34
Bestreitung der Kosten

Im Rahmen der Durchführung des vorliegenden Vertrages tragen bei Fehlen anderslautender Bestimmungen beide Vertragsstaaten die auf ihrer Seite anfallenden Kosten selbst.

Artikel 35
Verhältnis zu anderen internationalen Verträgen

Die Bestimmungen des vorliegenden Vertrages berühren nicht die in anderen bi- und multilateralen internationalen Verträgen eingegangenen Verpflichtungen der Vertragsstaaten.

Artikel 36
Inkrafttreten und Kündigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht. Der Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Mit Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages werden das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die kriminalpolizeiliche und verkehrspolizeiliche Zusammenarbeit vom 27. November 1979 sowie das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Ungarn über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, des internationalen illegalen Suchtgifthandels und der internationalen organisierten Kriminalität vom 12. Juli 1996 aufgehoben.

(3) Der vorliegende Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann von jedem Vertragsstaat jederzeit auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Der Vertrag tritt sechs Monate nach Erhalt der Kündigung außer Kraft.

(4) Die Registrierung des vorliegenden Vertrages beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Satzung der Vereinten Nationen wird von der Republik Österreich wahrgenommen.

Geschehen zu Heiligenkreuz am 6. Juni 2004 in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die
Republik Österreich:

Ernst Strasser

Für die
Republik Ungarn:

Mónika Lamperth

[HUNGARIAN TEXT – TEXTE HONGROIS]

SZERZŐDÉS

az Osztrák Köztársaság és a Magyar Köztársaság között a határokat átlépő bűnözés megelőzése és leküzdése érdekében folytatandó együttműködésről

Az Osztrák Köztársaság és a Magyar Köztársaság (a továbbiakban: Szerződő
Államok)

abból a célból, hogy a közös biztonsági érdekek megvalósításában
együttműködjenek,

azzal a közös elhatározással, hogy hatékonyan lépjenek fel az országhatárokat
átlépő, a közbiztonságot és a közrendet fenyegető veszélyek, valamint a nemzetközi
bűnözéssel szemben,

azzal a szándékkal, hogy a jelen Szerződés végrehajtásában illetékes
hatóságok együttműködését átfogóan továbbfejlesszék,

az alábbiakban állapodtak meg:

I. Fejezet

Általános rendelkezések

1. Cikk

Értelmező rendelkezések

A jelen Szerződésben használt fogalmak jelentése a következő:

1. Hatóságok: a Szerződő Államok belső jogszabályai szerint bűnmegelőzési és
bűnüldözési feladatok végzésére feljogosított hatóságok, illetve szervek:

a) az Osztrák Köztársaság részéről: a szövetségi belügyminiszter, a biztonsági
igazgatóságok, a szövetségi rendőrség igazgatóságai; továbbá a szövetségi rendőrség
igazgatóságai helyi illetékességi területén kívül a kerületi államigazgatási hatóságok;

b) a Magyar Köztársaság részéről: a Rendőrség, a Határőrség, a Vám- és
Pénzügyőrség bűnüldözési és bűnmegelőzési feladatot ellátó szervei, valamint a
Rendvédelmi Szervek Védelmi Szolgálat.

2. Igazságügyi hatóságok:
 - a) az Osztrák Köztársaság részéről: a szövetségi igazságügyi miniszter, valamint a bíróságok és ügyészségek;
 - b) a Magyar Köztársaság részéről: a bíróságok és ügyészi szervek.
3. A jelen Szerződés végrehajtása során a kapcsolattartásra jogosult központi szervek:
 - a) az Osztrák Köztársaság részéről:
 - a szövetségi belügyminiszter,
 - b) a Magyar Köztársaság részéről:
 - az Országos Rendőr-főkapitányság Nemzetközi Bűnügyi Együttműködési Központ (a továbbiakban: ORFK NEBEK).
4. A jelen Szerződés alkalmazása szempontjából határterületnek minősül:
 - a) az Osztrák Köztársaság részéről:
 - a Burgenlandi Szövetségi Tartomány Biztonsági Igazgatóságának illetékességi területe.
 - b) a Magyar Köztársaság részéről:
 - Győr-Moson-Sopron megye területe,
 - Vas megye területe.

2. Cikk

A Szerződés tárgya

A Szerződő Államok erősítik együttműködésüket a bűncselekmények megelőzésében, megakadályozásában és felderítésében. A Szerződő Államok együttműködése nemzeti jogszabályaikkal összhangban, a jelen Szerződés rendelkezései szerint valósul meg. A jelen Szerződés nem érinti a Szerződő Államok illetékes hatóságainak azon együttműködését, amelyet nemzetközi szervezetek, így az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol), valamint a Nemzetközi Bűnügyi Rendőrség Szervezete (ICPO-Interpol) keretében folytatnak.

3. Cikk

A közbiztonság, közrend és a bűnügyi helyzet közös elemzése

A Szerződő Államok rendszeresen átadják egymásnak a közbiztonságra, a közrendre és a bűnügyi helyzetre vonatkozó ismereteiket, elemzéseiket. E célból esetileg, de legalább évente egyszer közösen elemzik a bűnügyi helyzetet, a bűnmegelőzés súlyponti kérdéseit, megvitatják és egyeztetik a szükséges teendőket.

II. Fejezet **Az együttműködés általános szabályai**

4. Cikk **Együttműködés megkeresés alapján**

(1) A Szerződő Államok illetékes hatóságai megkeresés alapján együttműködnek és segítséget nyújtanak egymásnak a közbiztonságot és a közrendet fenyegető veszélyek elhárítása, valamint a bűncselekmények megakadályozása, megelőzése és felderítése céljából. Az együttműködés nem terjed ki a Szerződő Államok igazságügyi hatóságainak hatáskörébe tartozó jogsegélyre. Nem terjeszthető elő, illetve nem teljesíthető olyan megkeresés, amely katonai vagy politikai bűncselekményekre vonatkozik. Amennyiben a megkeresett hatóság nem rendelkezik hatáskörrel vagy illetékességgel a kérelem teljesítésére, úgy a megkeresést továbbítja az eljárásra hatáskörrel és illetékességgel rendelkező hatósághoz, és erről értesíti a megkereső hatóságot.

(2) A megkeresések és az azokra adott válaszok, amennyiben a jelen Szerződés eltérő rendelkezést nem tartalmaz, a Szerződő Államok központi szervei között, írásban kerülnek továbbításra. Sürgős esetben a megkeresés szóban is előterjeszthető: a szóbeli megkeresést írásban haladéktalanul meg kell erősíteni.

(3) A megkereséseket, figyelemmel az 1. Cikk 3. pontjában foglaltakra, az alábbi központi szerv részére kell megküldeni:

- a) az Osztrák Köztársaság részéről: a Szövetségi Belügyminisztérium/ Közbiztonsági Főigazgatóság,
- b) a Magyar Köztársaság részéről: az ORFK NEBEK.

(4) A Szerződő Államok hatóságainak a jelen Szerződésben meghatározottak szerinti együttműködése különösen az alábbiakra terjed ki:

- a) információcsere,
- b) intézkedések sürgős esetekben,
- c) határon átnyúló megfigyelés,
- d) határon átlépő üldözés,
- e) ellenőrzött szállítás,
- f) fedett nyomozó alkalmazása,
- g) tanúvédelem,
- h) együttműködés közös kapcsolattartási szolgálati helyeken,
- i) közös büntelődítéscsoport létrehozása,
- j) összekötő tisztviselők küldése, fogadása,
- k) együttműködés a képzés és a továbbképzés területén,
- l) együttműködés a bűnmegelőzés területén.

(5) Ha a megkeresésben foglalt feltételek szerint a megkeresés teljesítése nem, vagy csak részben lehetséges, a megkeresett hatóság erről haladéktalanul tájékoztatja a megkereső hatóságot, és a hatóságok megállapodnak a megkeresés teljesítésének további folytatásáról, amennyiben az szükséges.

(6) A megkeresések teljesítése során a megkeresett hatóságok és a megkeresés teljesítésében résztvevő szervek a megkeresésben foglalt eljárási szabályok szerint járnak el, feltéve, hogy az nem ellentétes a megkeresett Szerződő Állam jogával.

(7) Amennyiben a megkeresés megküldéséhez, illetve annak teljesítéséhez a Szerződő Államok jogszabályai szerint az igazságügyi hatóságok engedélye, jóváhagyása, hozzájárulása, illetve egyetértése szükséges, a megkeresés megküldésére, vagy a teljesítésének megkezdésére csak ezen engedély, jóváhagyás, hozzájárulás vagy egyetértés beszerzését követően kerülhet sor.

5. Cikk

A megkeresés tartalma, az alkalmazandó nyelv

(1) A jelen Szerződés eltérő rendelkezése hiányában, a megkeresés legalább az alábbiakat tartalmazza:

- a megkereső hatóság megnevezése;
- a megkeresés tárgya;
- a megkeresés tárgyát képező cselekmény leírása és annak jogi minősítése;
- a megkeresés teljesítésének határideje, a sürgősségi teljesítés indokai;
- ahol az szükséges, az igazságügyi hatóságok engedélye;
- a megkeresés teljesítése során a megkereső hatóság tagjának részvételére irányuló kérelem;
- a megkeresés teljesítéséhez szükséges mértékben az érintett személy személyazonosító adatai, amennyiben az ismert.

(2) A Szerződő Államok hatóságai a jelen Szerződés végrehajtása során a német és a magyar nyelvet egyaránt használhatják, illetve más nyelv használatában is megállapodhatnak.

6. Cikk

Intézkedések sürgős esetekben

(1) A Szerződő Államok hatóságai – belső jogszabályaik szerint - megkeresésre, a nyomok és bizonyítékok biztosítása érdekében igazoltatást, nyilvános helyen fokozott ellenőrzést végezhetnek, épületet, építményt, helyszínt, ruházatot, csomagot és járművet átvizsgálhatnak, a keresett személyt előállíthatják.

(2) A jelen Szerződés 4. Cikkének rendelkezései megfelelően alkalmazandók.

(3) Az (1) bekezdésben meghatározott intézkedések végrehajtásáról a megkereső hatóságot haladéktalanul tájékoztatni kell.

7. Cikk

Az információcsere területei

(1) A Szerződő Államok hatóságai együttműködésük során a bűnözés, különösen a szervezett bűnözés megelőzése, megakadályozása és felderítése érdekében, megkeresésre az alábbi információkat adják át:

a) a szervezett bűnözésben részt vevők adatait, a tetteseknek a bűncselekmény elkövetésével összefüggő kapcsolataira vonatkozó adatokat, a bűnöző szervezetek és a bűnöző csoportok felépítéséről szóló ismereteiket, a tipikus tettes- és csoportmagatartásokra, az előkészített, megkísérelt, illetve befejezett bűncselekményre vonatkozó információkat, különösen az elkövetés idejére, helyére, módjára, a megtámadott objektumokra vonatkozó adatokat, a különleges körülményekre vonatkozó ismereteket, valamint a vonatkozó büntető jogszabályokat és a megtett intézkedéseket, amennyiben ez a bűncselekmények megelőzéséhez, megakadályozásához, illetve felderítéséhez szükséges;

b) a nemzetközi bűnözés elkövetési módszereiről, új formáiról szóló tájékoztatást;

c) kriminalisztikai és kriminológiai, egyéb bűnügyi vonatkozású kutatási eredményeiket, a nyomozások gyakorlatáról, munkamódszereinek és eszközeinek alkalmazásáról, azok továbbfejlesztése céljából;

d) kérelemre egymás rendelkezésére bocsátanak ismereteket vagy mintákat azokról a tárgyakról, amelyekre a bűncselekményt elkövették, amelyet bűncselekmény elkövetéséhez eszközül használtak vagy arra szántak, vagy amelyek a bűncselekmény elkövetése útján jöttek létre;

e) a jelen Szerződés tárgyát képező bűncselekményekkel kapcsolatos jogi szabályozást;

f) a bűncselekmény elkövetése során vagy azzal összefüggésben szerzett vagyona vonatkozó információkat.

(2) Különleges eszközökkel végzett információgyűjtés során a Szerződő Államok hatóságai nemzeti joguk alapján működnek együtt. A Szerződő Államok vállalják, hogy az ilyen információcsere alapján szolgáltatott adatot legalább olyan védelemben részesítik, mint amelyet államuk jogszabálya előír.

8. Cikk

Az információ átadása megkeresés nélkül

A Szerződő Államok hatóságai egyedi esetekben - belső jogszabályaik szerint - megkeresés nélkül is átadhatnak olyan információt, amelyek a másik Szerződő Állam hatóságai számára szükségesek a közbiztonságot és közrendet fenyegető veszély elhárításához vagy más bűncselekmények megelőzéséhez és felderítéséhez. Az információcserére a jelen Szerződés 4. Cikkének rendelkezéseit megfelelően alkalmazni kell.

9. Cikk

Közvetlen információcsere

(1) A Szerződő Államok hatóságai között a megkeresések továbbítása és megválaszolása akkor történhet közvetlenül, ha

- a) az információt a határterületen illetékességgel rendelkező hatóságok kérik egymástól, és a szolgáltatott információ kizárólag a határterülethez kapcsolódik, vagy
- b) a központi szerveken keresztül történő információcsere olyan késedelemmel járna, amely az eljárás érdekeit, vagy a megkeresés eredményes teljesítését veszélyeztetné.

(2) Az információ különösen akkor tekinthető a határterülethez kapcsolódónak, ha az adat

- a) olyan, a megkereséssel érintett személyre vonatkozik, akinek lakóhelye, tartózkodási helye a határterületen van, vagy valószínűsíthető, hogy az érintett személy a megkeresés időszakában ott tartózkodik;
- b) a megkereséssel érintett személynek a határterületen kifejtett tevékenységére vonatkozik;
- c) olyan dologra vonatkozik, amelyről valószínűsíthető, hogy a határterületen található, vagy
- d) a jogi személynek a határterületen lévő székhelyére, illetve tevékenységére vonatkozik.

(3) Az (1) és (2) bekezdés szerinti közvetlen információcsere az alábbiakra terjed ki:

- a) a bűnügyi nyilvántartásokban szereplő adatok szolgáltatása,
- b) személyazonosság, tartózkodási hely és lakcím megállapítása és igazolása,
- c) közúti, vízi és légi járművek tulajdonosa, üzemtartója, vezetője személyazonosságának megállapítása,
- d) vezetői engedélyek, hajózási engedélyek meglétének, érvényességének és korlátozásainak vizsgálata,
- e) gépjárművek egyedi azonosító adatainak (rendszer-, alvázszám, motorszám) átadása.

- f) lőfegyvertartási-engedély meglétének, érvényességének és korlátozásainak vizsgálata.
- g) távközlési eszköz tulajdonosának, előfizetőjének és birtokosának megállapítása.
- h) tárgyak, minták utáni tudakozódás.
- i) különleges szakértelemmel rendelkező személy felkutatása.

III. Fejezet

A hatóságok közötti együttműködés különleges formái

10. Cikk

A határon átnyúló megfigyelés

- (1) A Szerződő Államok hatóságai a saját államuk területén végzett felderítő tevékenységük során jogosultak a (2) bekezdésben megjelölt bűncselekmény elkövetésével gyanúsítható, illetve a vele kapcsolatban álló vagy kapcsolatba lépő személy megfigyelését a másik Szerződő Állam területén is folytatni, amennyiben ez utóbbi Szerződő Állam központi szerve egy előzetesen átadott megkeresés alapján a határon átnyúló megfigyeléshez hozzájárult. A hozzájárulás feltételhez köthető.
- (2) A határon átnyúló megfigyelés olyan bűncselekmények elkövetésének gyanúja esetén lehetséges, amelyek egy európai elfogatóparancs kibocsátásának alapjául szolgálhatnak. A Szerződő Államok hatóságai, a fenti bűncselekmények alapos gyanúja esetén megfigyelhetik a gyanúsítottal kapcsolatban lévő személyt is, akiről megalapozottan feltételezhető, hogy a gyanúsított azonosításához vagy megtalálásához segítséget nyújthat.
- (3) A megkeresett Szerződő Állam hatóságainak kérésére a megfigyelést át kell adni ezen hatóságoknak. Kérelemre a megkeresett Szerződő Állam hatósága a megfigyeléshez segítséget nyújthat.
- (4) A megfigyeléshez adott hozzájárulás a Szerződő Államok egész területére érvényes. A megfigyelés során a Szerződő Államok közös államhatárát az engedélyezett határátkelőhelyeken kívül és a nyitvatartási időn túl is át lehet lépni.
- (5) Ha a késedelem veszéllyel jár, a megfigyelés az (1) bekezdésben meghatározott előzetes hozzájárulás nélkül is folytatható. Ebben az esetben az államhatár átlépésekor a megkeresett Szerződő Állam illetékes hatóságát haladéktalanul értesíteni kell. A megkeresést utólag, haladéktalanul meg kell küldeni a megkeresett Szerződő Állam központi szervének. A megkeresésben ismertetni kell az előzetes hozzájárulás nélküli határátlépést szükségessé tevő okokat is.

(6) Az (5) bekezdésben meghatározott illetékes hatóság:

a) az Osztrák Köztársaság részéről:

- Szövetségi Belügyminisztérium / Közbiztonsági Főigazgatóság / Szövetségi Bűnügyi Hivatal;

b) a Magyar Köztársaság részéről:

- az Országos Rendőr-főkapitányság Bűnügyi Ellátó Igazgatósága.

(7) Az (5) bekezdés szerinti megfigyelést haladéktalanul abba kell hagyni, ha a megkeresést követően a megkeresett Szerződő Állam hatósága azt kéri, továbbá akkor, ha a megkeresés megküldését követő öt órán belül a megkeresés teljesítéséhez szükséges hozzájárulás nem áll rendelkezésre.

(8) A megfigyelés kizárólag az alábbi feltételek szerint megengedett:

a) a megfigyelést végző tisztviselőkre vonatkoznak a jelen Cikk rendelkezései és azon Szerződő Állam belső joga, amelynek területén eljárnak; a helyileg illetékes hatóságok utasításai szerint kötelesek eljárni;

b) a megfigyeléshez igénybe vett járművekre ugyanazok a közlekedési szabályok vonatkoznak, mint a megkeresett Szerződő Állam hatóságai által igénybe vett járművekre;

c) az (5) bekezdésben meghatározott eset kivételével, a megfigyelést folytató tisztviselőknek rendelkezni kell a megfigyelés engedélyezését igazoló okirattal;

d) a megfigyelést végző tisztviselőknek bármikor igazolniuk kell hivatalos minőségüket;

e) a megfigyelést végző tisztviselők magánlakásba vagy a nyilvánosság számára meg nem nyitott helyekre a megfigyelés során nem léphetnek be, és a nyilvánosság számára nyitva álló munka-, üzemi és üzlethelyiségekbe ezek nyitvatartási idején belül léphetnek be;

f) a megfigyelést végző tisztviselőnek jelentést kell készítenie a megkeresett Szerződő Állam központi szerve részére;

g) amennyiben a megfigyelés végrehajtásához technikai eszközök is szükségesek, ezek abban az esetben alkalmazhatóak, ha ezt a megkeresett Szerződő Állam jogszabályai lehetővé teszik; a technikai eszközöket az (1) bekezdés szerinti megkeresésben meg kell jelölni.

11. Cikk
Határon átlépő üldözés

(1) A megkereső Szerződő Állam hatóságának tisztviselői a megkeresett Szerződő Állam területén előzetes jóváhagyás nélkül folytathatják azon személy üldözését, aki a megkereső Szerződő Állam területén a 10. Cikk (2) bekezdésében megjelölt bűncselekményt követett el vagy kísérelt meg, és

a) eközben tetten érték, vagy

b) a fenti bűncselekmények miatti őrizetből, előzetes letartóztatásból vagy szabadságvesztés büntetés végrehajtása elől megszökött.

és a megkeresett Szerződő Állam hatóságának értesítésével járó késedelem az elkövető elfogását jelentősen megnehezítené, illetve a bűnüldözési érdeket súlyosan veszélyeztetné, továbbá ha valószínűsíthető, hogy a megkeresett Szerződő Állam hatósága az üldözést megfelelő időben nem tudja átvenni.

(2) Az (1) bekezdésben meghatározott esetben – haladéktalanul, de legkésőbb az államhatár átlépésekor – a megkeresett Szerződő Állam illetékes hatóságát értesíteni kell.

(3) A (2) bekezdésben meghatározott illetékes hatóság:

a) az Osztrák Köztársaság részéről:

- a Burgenlandi Tartományi Biztonsági Igazgatóság;

b) a Magyar Köztársaság részéről:

a határátlépés helyétől függően

- a Győr-Moson-Sopron megyei Rendőr-főkapitányság vagy

- a Vas megyei Rendőr-főkapitányság.

(4) Az üldözést haladéktalanul meg kell szüntetni, ha a megkeresett Szerződő Állam hatósága azt kéri.

(5) Ha azt a megkereső Szerződő Állam üldözést végrehajtó tisztviselője kéri, a megkeresett Szerződő Állam hatósága az üldözött személyt személyazonosságának megállapítása érdekében igazoltatja.

(6) Ha a megkeresett Szerződő Állam hatósága az üldözés megszüntetését nem kéri, és ezen hatósága megfelelő időben nem tud fellépni, az üldözött személyt a megkereső Szerződő Állam üldözést végrehajtó tisztviselője a helyszínen feltartóztathatja. Ezen intézkedésről a megkeresett Szerződő Állam illetékes hatóságát haladéktalanul értesíteni kell.

(7) Az üldözést a Szerződő Államok teljes területén, időbeli korlátozás nélkül szabad folytatni.

(8) Az üldözés az alábbi feltételek szerint folytatható:

a) az üldözést végző tisztviselők a jelen Cikk rendelkezései, valamint azon Szerződő Állam belső joga szerint kötelesek eljárni, amelynek területén az üldözést végzik;

b) az üldözéshez igénybe vett járművekre ugyanazok a közlekedési szabályok vonatkoznak, mint a megkeresett Szerződő Állam hatóságai által igénybe vett járművekre. A járműveken az azok felismeréséhez szükséges, megkülönböztető jelzést kell használni;

c) az üldözést végző tisztviselőknek bármikor igazolniuk kell hivatalos minőségüket;

d) az üldözést folytató tisztviselők magánlakásba vagy helyiségbe az üldözés során nem léphetnek be, a nyilvánosság számára nyitva álló munka-, üzemi és üzlethelyiségekbe ezek nyitvatartási idején belül léphetnek be;

e) amennyiben az üldözés végrehajtásához technikai eszközök is szükségesek, ezek abban az esetben alkalmazhatóak, ha ezt a megkeresett Szerződő Állam jogszabályai lehetővé teszik, a technikai eszközöket az (1) bekezdés szerinti megkeresésben meg kell jelölni;

f) az üldözést végrehajtó tisztviselőknek egyenruha, karszalag vagy a járművön elhelyezett kiegészítő jelzések révén egyértelműen felismerhetőeknek kell lenniük;

g) az elfogott személynél levő tárgyak az illetékes hatóságok tisztviselőjének megérkezéséig ideiglenesen biztonságba helyezhetőek. Az elfogott személy szállítása során kézbilincs használható. Az elfogott személlyel együtt azokat a tárgyakat is át kell adni a hatóságnak, amelyeket ideiglenesen lefoglaltak;

h) az üldözést végrehajtó tisztviselők kötelesek az üldözés befejezését követően az üldözés eredményéről a megkeresett Szerződő Állam (3) bekezdésben megjelölt hatóságánál jelentést tenni. Ennek során a megkeresett Szerződő Állam hatóságának kérésére, kötelesek személyesen jelen lenni az üldözés körülményeinek megfelelő tisztázásához szükséges ideig. Fentieket akkor is alkalmazni kell, ha az üldözött személy elfogására nem került sor.

(9) Az üldözés során elfogott személyt a megkeresett Szerződő Állam illetékes hatósága hallgatja ki. Az elfogott személy személyes szabadsága a megkeresett Szerződő Állam joga szerint korlátozható.

12. Cikk

Ellenőrzött szállítás

(1) A Szerződő Államok hatóságai eseti megállapodása alapján ellenőrzött szállítás hajtható végre.

(2) Az illetékes hatóságok az ellenőrzött szállítás idejében, módjában, közreműködésük mértékében megállapodnak. A megkeresett Szerződő Állam hatósága az ellenőrzött szállítást korlátozhatja, vagy elutasíthatja, ha a szállítmány nem vállalható mértékben veszélyezteti az ellenőrzött szállításban résztvevő személyeket vagy a közbiztonságot.

(3) Az ellenőrzött szállítást a megkeresett Szerződő Állam hatóságai irányítják. Az ellenőrzött szállítást úgy kell végrehajtani, hogy a szállítmány bármikor feltartóztatható legyen. Az átvételt követően a megkereső Szerződő Állam hatóságai a szállítmányt kísérhetik, hatósági jogosítványokat azonban nem gyakorolhatnak. Ennek során a megkereső Szerződő Állam hatóságai a jelen Cikkben meghatározottak, a megkeresett Szerződő Állam jogszabályai és a megkeresett Szerződő Állam illetékes hatósága utasításai szerint kötelesek eljárni.

(4) Az ellenőrzött szállításra irányuló megkeresésnek a jelen Szerződés 5. Cikk (1) bekezdésében meghatározott adatokon túl tartalmaznia kell:

- a) a szállítmány tartalmát, várható útvonalát és időtartamát, a szállítás módját, a szállítóeszköz azonosítására alkalmas adatokat;
- b) a kísérés módját;
- c) a kísérésben résztvevők számát;
- d) a szállítmány átadásának, átvételének körülményeit;
- e) az elfogás esetén alkalmazandó intézkedéseket.

(5) Az ellenőrzött szállítmány kíséretében fedett nyomozó részvétele csak a Szerződő Államok belső joga szerint meghatározott igazságügyi hatóságának engedélyével lehetséges.

(6) Ha a késedelem veszéllyel jár az ellenőrzött szállításra irányuló megkeresést a Szerződő Államok hatóságai közvetlenül is megküldhetik, illetve fogadhatják. A megkeresést utólag, haladéktalanul meg kell küldeni a Szerződő Államok központi szervének. A megkereséshez az ellenőrzött szállítást alátámasztó dokumentumokat is mellékelni kell.

(7) E cikk alkalmazásában az illetékes hatóság:

a) az Osztrák Köztársaság részéről:

- Szövetségi Belügyminisztérium / Közbiztonsági Főigazgatóság / Szövetségi Bűnügyi Hivatal;

b) a Magyar Köztársaság részéről:

- az ORFK NEBEK.

13. Cikk

Fedett nyomozó alkalmazása

(1) A Szerződő Államok - a központi szerveknek küldött megkeresés alapján - hozzájárulnak saját területükön a megkereső Szerződő Állam fedett nyomozóinak alkalmazásához, amennyiben ez a megkereső Szerződő Állam területén elkövetett vagy előkészületben lévő, európai elfogatóparancs kibocsátásának alapjául szolgáló bűncselekmény eredményes felderítése érdekében szükséges, feltéve, hogy a bűncselekmények felderítése a fedett nyomozó alkalmazása nélkül nem lehetséges vagy lényegesen nehezebb lenne. A megkereső Szerződő Állam kérésére a megkeresett Szerződő Állam területén a megkeresett Szerződő Állam fedett nyomozója is alkalmazható.

(2) Ha a fedett nyomozó alkalmazásához a Szerződő Államok belső joga szerint meghatározott igazságügyi hatóságának engedélye szükséges, a fedett nyomozó alkalmazására csak ezen engedély beszerzését követően kerülhet sor. A hozzájárulás mindenkor a Szerződő Államok teljes területére érvényes.

(3) A fedett nyomozó alkalmazására irányuló megkeresésnek a jelen Szerződés 5. Cikk (1) bekezdésében meghatározott adatokon túl tartalmaznia kell:

a) a fedett nyomozó alkalmazásának időtartamát, feltételeit;

b) a fedett nyomozó jogait és kötelezettségeit;

c) a fedett nyomozó lelepleződése esetén alkalmazandó intézkedéseket;

d) a fedett nyomozó büntetőjogi, valamint a működési körében okozott károkért való felelősségének szabályairól szóló tájékoztatást.

(4) A fedett nyomozó alkalmazása mindig egyedi esetre korlátozódik és meghatározott ideig, de legfeljebb egy hónapig tart. A fedett nyomozó alkalmazásának időtartama meghosszabbítható. A fedett nyomozó alkalmazását a Szerződő Államok hatóságai egyeztetve készítik elő. A fedett nyomozó a központi hatóságok eseti megállapodását és a (2) bekezdés szerinti engedély beszerzését követően kezdheti meg tevékenységét.

(5) A fedett nyomozó irányítását a megkeresett Szerződő Állam hatósága végzi. A fedett nyomozó cselekményére alapvetően a megkeresett Szerződő Állam joga érvényes. Ezen túlmenően a megkereső Szerződő Állam jogát is figyelembe kell venni.

(6) A megkeresett Szerződő Állam hatóságának kérésére a fedett nyomozást haladéktalanul meg kell szüntetni.

(7) A (4) bekezdésben meghatározott esetben a fedett nyomozó alkalmazásának szükségességét, feltételeit, a nyomozás során megszerzett információk felhasználását a megkeresett Szerződő Állam kijelölt hatósága határozza meg. Erről a megkereső Szerződő Állam hatóságát tájékoztatni kell.

(8) A megkeresett Szerződő Állam a fedett nyomozó tevékenységéhez személyi, logisztikai és technikai támogatást nyújthat. A megkeresett Szerződő Állam hatósága minden szükséges intézkedést megtesz a megkereső Szerződő Állam fedett nyomozója biztonsága érdekében.

14. Cikk

Közös bűnfelderítő-csoport létrehozása

(1) A Szerződő Államok központi hatóságai - belső jogszabályaik alapján - közös bűnfelderítő-csoportot hozhatnak létre olyan bűncselekmény felderítése érdekében, amely európai elfogatóparancs kibocsátásának alapjául szolgálhatna, különösen, ha

- a) a több tagállamra kiterjedő bűncselekmény felderítése bonyolult;
- b) a bűncselekmény miatt több államban folyik bűnügyi felderítés, és ezért a felderítő munka összehangolására van szükség.

(2) A közös bűnfelderítő-csoport a központi szervek eseti megállapodásával jön létre. A megállapodásnak tartalmaznia kell különösen:

- a) a bűncselekmény leírását, amelynek felderítésére a bűnfelderítő-csoport létrejött;
- b) a működési területet;
- c) a bűnfelderítő-csoport összetételét, illetve az összetétel megváltoztatásának lehetőségét;
- d) a bűnfelderítő-csoport vezetőjét;
- e) a működés időtartamát és a meghosszabbítás feltételeit;
- f) a külföldi hatóság tagjának kötelezettségeit és jogosultságait;
- g) a működés feltételeit;
- h) a szervezési intézkedéseket és a működés költségeinek viselését.

(3) Ha a megkereső Szerződő Állam tisztviselőjének a közös bűnfelderítő-csoport meghatározott eljárásában való részvételéhez a megkeresett Szerződő Állam belső joga szerint az igazságügyi hatóságok engedélye szükséges, a részvételre csak az engedély beszerzését követően kerülhet sor.

(4) A közös bűnfelderítő-csoportot a megkeresett Szerződő Állam megállapodás szerinti hatósága vezeti; biztosítja továbbá a bűnfelderítő-csoport működéséhez szükséges személyi és technikai feltételeket.

(5) A megkereső Szerződő Államnak a közös bűnfelderítő-csoportban résztvevő tisztviselője a megkeresett Szerződő Állam területén önálló intézkedés végrehajtására nem jogosult.

(6) A megkereső Szerződő Állam hatóságának a közös bűnfelderítő-csoportban résztvevő tagja a birtokában lévő nem minősített adatokat és információkat, ugyanazon esetekben és ugyanolyan feltételekkel adhatja át, mint ahogy azokat a saját hatóságainak átadná.

(7) A közös bűnfelderítő-csoport munkájához szükséges minősített adatoknak a másik Szerződő Állam tisztviselője részére történő hozzáférhetővé tételét azon minősített adatok esetében, amelyeket a jelen Szerződésben meghatározott együttműködésben résztvevő hatóságok minősítettek, a közös bűnfelderítő-csoport létrehozását engedélyező központi hatóság engedélyezi. Az együttműködésben részt nem vevő szervek által minősített adatok átadásához be kell szerezni a Szerződő Államok belső jogszabály aiban meghatározott engedélyt.

(8) A közös bűnfelderítő-csoport rendelkezésére bocsátott adat vagy információ kizárólag a következő célokra használható fel:

a) azon bűncselekmény felderítése érdekében, amelyre a közös bűnfelderítő-csoport létrejött;

b) az adatot vagy információt átadó Szerződő Állam előzetes hozzájárulásával más bűncselekmény felderítésére, nyomozására;

c) a közbiztonságot közvetlenül és súlyosan veszélyeztető bűncselekmények megelőzése érdekében, illetve - az adatot vagy információt átadó Szerződő Állam előzetes hozzájárulásával - az ilyen bűncselekmény miatt indult büntetőeljárás során.

15. Cikk **Összekötő tisztviselő küldése**

(1) Az egyik Szerződő Állam központi hatósága a másik Szerződő Állam központi hatósága hozzájárulásával, határozott vagy határozatlan időtartamra összekötő tisztviselőket küldhet annak bűnüldöző hatóságaihoz.

(2) Az összekötő tisztviselők kiküldésének célja a Szerződő Államok közötti, a jelen Szerződés alapján megvalósuló együttműködés meggyorsítása, valamint a folyamatos segítségnyújtás biztosítása:

a) a bűncselekmények megelőzését, megakadályozását és felderítését szolgáló információcserével;

b) a bűnügyi tárgyú megkeresések teljesítésével;

c) a külső határok védelmével és a visszafogadási egyezmények végrehajtásával kapcsolatos segítségnyújtással.

(3) Az összekötő tisztviselők segítséget nyújtanak továbbá a közbiztonságot és a közrendet fenyegető veszélyek elhárításával megbízott hatóságoknak, feladataik ellátásához szükséges információk átadásával.

(4) Az összekötő tisztviselők bűnmegelőzési és bűnüldözési intézkedések önálló elvégzésére nem jogosultak. Az információ továbbítása és feladataik végzése az összekötő tisztviselőket küldő megkereső Szerződő Állam hatóságának utasításai alapján történik, figyelembe véve az összekötőt fogadó megkeresett Szerződő Állam hatóságának kéréseit, amelynél tevékenykednek.

16. Cikk

Tanúvédelem

(1) A Szerződő Államok illetékes szerveiken keresztül kérelmezhetik a büntető eljárás során védett tanúknak, sértetteknek és gyanúsítottaknak (terhelteknek), valamint rájuk tekintettel más személyeknek (e Cikk alkalmazásában a továbbiakban: érintett személyek) az egyik Szerződő Állam területéről a másik Szerződő Állam területére történő átköltöztetését és ezt követően védelemben részesítését. Az érintett személyek védelmének átadása, átvétele a Szerződő Államokban folyamatban lévő büntetőeljárást nem akadályozhatja.

(2) Az érintett személy átadására vagy átvételére irányuló megkeresésnek a jelen Szerződés 5. Cikk (1) bekezdésében meghatározott adatokon túl tartalmaznia kell:

a) a titoktartási kötelezettségre vonatkozó igényt;

b) az érintett személynek a büntetőeljárásban betöltött szerepét;

c) a fennálló fenyegetettségre, valamint annak súlyosságára vonatkozó információkat;

d) az érintett személynek a megkeresett Szerződő Állam területére költöztetésének okát;

e) a védelem javasolt formáját, mértékét;

f) a megkeresett Szerződő Állam területén való elhelyezés szükséges időtartamát, és ennek meghosszabbítási lehetőségét;

g) az érintett személy tartózkodási helyére vonatkozó javaslatot, illetőleg a védelem ellátásához szükséges egyéb iratokat.

(3) A megkeresés elfogadását követően a védelem átadásáról, illetve átvételéről, annak módjáról, a védelem idejéről, valamint a kapcsolattartás módjáról, a költségek viseléséről és a védelem felmondásának eseteiről a Szerződő Államoknak a védelem ellátására kijelölt szervei közvetlenül állapodnak meg.

IV. Fejezet **Az együttműködés egyéb formái**

17. Cikk **Együttműködés a közös kapcsolattartási szolgálati helyeken**

(1) A Szerződő Államok Kormányai a bűnüldöző hatóságai közötti információcsere és együttműködés megkönnyítése érdekében közös kapcsolattartási szolgálati helyeket létesíthetnek.

(2) A közös kapcsolattartási szolgálati helyeken a Szerződő Államok hatóságainak tisztviselői saját hatáskörükben, egymás közvetlen térbeli szomszédságában teljesítik szolgálatukat. Ennek során közreműködnek a jelen Szerződés 9. Cikkében meghatározott közvetlen információcserében, valamint támogatják a jelen Szerződés szerinti határon átnyúló együttműködés összehangolását.

(3) Az együttműködés kiterjedhet a személyek átadásának és visszafogadásának előkészítésére és az abban való közreműködésre.

(4) A közös kapcsolattartási szolgálati helyeken szolgálatot teljesítő tisztviselők a (2) és (3) bekezdésben meghatározottakon túl nem jogosultak eljárási cselekmények önálló végzésére. Nemzeti hatóságai irányítási és fegyelmi jogköre alá tartoznak.

(5) A közös kapcsolattartási szolgálati helyek létesítésének helyét, feltételeit, az együttműködés módját és a költségviselés szabályait külön megállapodások tartalmazzák.

18. Cikk **Közös határmenti járőrszolgálat**

(1) A Szerződő Államok hatóságai a közbiztonság és a közrend védelme, a bűncselekmények elleni fellépés és a határ felügyelete céljából a közös államhatártól számított tíz kilométeres távolságig közös járőrszolgálatot teljesíthetnek.

(2) A közös járőrszolgálatban a másik Szerződő Állam hatóságának tagjai is jogosultak a személyek személyazonosságát megállapítani és őket, amennyiben ki akarják magukat vonni az ellenőrzés alól, annak az illetékes Szerződő Államnak a nemzeti jogszabályai szerint feltartóztatni, amelynek területén az intézkedésre sor kerül.

(3) Egyéb intézkedésekre, valamint kényszerítő eszközök alkalmazására azon Szerződő Állam tisztviselői jogosultak, amelynek területén a közös járőrszolgálatot teljesítik kivéve, ha az intézkedés sikere a másik Szerződő Állam tisztviselőinek beavatkozása nélkül veszélybe kerülne vagy jelentősen megnehezedne.

V. Fejezet Adatvédelem

19. Cikk Az átadható személyes adatok köre

A jelen Szerződés végrehajtása érdekében a Szerződő Államok a következő személyes adatokat adhatják át egymásnak:

a) a bűncselekmények elkövetésében részt vevő személyek és ezen személyeknek bűncselekmény elkövetésével összefüggő kapcsolatainak személyes azonosító adatai: családi név, esetleg a korábbi családi név, utónév, egyéb név (ál-, gúny-, ragadványnév), születési idő és hely, lakóhely, nem, jelenlegi vagy esetleges korábbi állampolgárság;

b) az útlevél, a személyazonosságot igazoló okmány, vagy más úti-okmány adatai (száma, kiállításának időpontja, a kiállító hatóság megnevezése, a kiállítás helye, az érvényesség ideje, területi érvényessége);

c) a gyanúsított személyek ujj- és tenyérnyomatára, a gyanúsított DNS profiljára, illetve mintára, személyleírására, fényképére vonatkozó adatok;

d) minden olyan egyéb adat, amely az érintett személy azonosításához szükséges.

20. Cikk Alapelvek

A jelen Szerződésben meghatározott együttműködés keretében a Szerződő Államok által az egymásnak átadásra kerülő személyes adatoknál az alábbi rendelkezéseket kell alkalmazni:

a) az átadni kért adatokra vonatkozó megkeresésben meg kell adni az átadni kért adatok körét és az alkalmazás célját;

b) a jelen szerződésben meghatározott együttműködés keretében a személyes adatokat átvevő Szerződő Állam (a továbbiakban Átvevő Állam) csak a jelen szerződésben meghatározott célokra és az adatokat átadó Szerződő Állam (a továbbiakban Átadó Állam) által meghatározott feltételekkel kezelheti. Az Átadó Állam kérésére az Átvevő Állam tájékoztatást nyújt az átadott személyes adatok felhasználásáról;

- c) az adatok átadása előtt az Átadó Állam annak megállapítását követően, hogy az adatok átadása szükséges és arányos valamint összhangban áll a nemzeti joggal, köteles az átadásra kerülő adatok helyességéről meggyőződni;
- d) az adatok átadásakor az Átadó Államnak fel kell tüntetnie az adatok törlési határidejét hatályos belső jogszabályainak megfelelően. Ha az átadó fél a fogadó féllel speciális megőrzési határidőt közöl, úgy a fogadó fél köteles azt betartani;
- e) személyes adatok kizárólag az I. Cikk 1. pontjában említett bűnüldöző hatóságoknak adhatók át. Más hatóságoknak az adatok az Átadó Állam előzetes írásbeli hozzájárulásával továbbíthatók.

21. Cikk

Az adatok helyesbítése és törlése

(1) A jelen Szerződés alapján átadott személyes adatokat törölni kell, illetve meg kell semmisíteni, ha:

- a) az átadott adatok valótlanul állapították meg;
- b) ha az adatok beszerzése vagy átadása nem jogszerűen történt, vagy jogszerűen átadott adatokat az Átadó Állam belső joga szerint egy későbbi időpontban törölni kell;
- c) az adatok az átadásban megjelölt feladat megvalósításához nem, vagy már nem szükségesek, kivéve, ha az Átadó Állam hozzájárult ahhoz, hogy az adatokat a jelen Szerződésben meghatározott más célra használják fel.

(2) Az (1) bekezdés a) és b) pontjában említett körülményekről az Átvevő Államot haladéktalanul tájékoztatni kell, és ezen utóbbi Állam a nem továbbítható adatokat köteles törölni, illetve megsemmisíteni. Ha az átvevő hatóság arra a következtetésre jut, hogy az átadott adatok helytelenek, vagy azokat törölni kell, illetve meg kell semmisíteni azokat, az átadó hatóságot erről haladéktalanul tájékoztatja.

(3) Ha ezt az átadó hatóság kéri, az átadott téves adatokat haladéktalanul helyesbíteni kell.

(4) Az átvett személyes adatokat az átadásakor megjelölt felhasználási cél elérése esetén akkor is törölni kell, ha a törlési határidő még nem járt le. Az átadott adatok törléséről és a törlés okáról a Szerződő Államok haladéktalanul tájékoztatják egymást. A jelen Szerződés megszűnésekor minden személyes adatot törölni kell.

22. Cikk

Nyilvántartás az átadott adatokról

- (1) A jelen Szerződés alapján átadott és átvett adatokról a bűnüldöző hatóságoknak nyilvántartást kell vezetniük. A nyilvántartásnak legalább a következő adatokat kell tartalmaznia: az adatszolgáltatás célját, tartalmát, a fogadó szervet és az átadás időpontját. Az online adatszolgáltatást automatikusan kell nyilvántartani.
- (2) A nyilvántartásokat legalább 5 évig meg kell őrizni; az átadott különleges adatokra vonatkozó nyilvántartások az ezen adatokra vonatkozó belső jogszabályokban meghatározott ideig őrizendők meg.
- (3) A nyilvántartás adatai kizárólag az adatvédelemre vonatkozó szabályok betartásának ellenőrzésére használhatók fel.
- (4) Az átvevő hatóságok kötelesek az átadott személyi adatokat véletlen vagy jogosulatlan megsemmisítés, véletlen elvesztés, jogosulatlan hozzáférés, jogosulatlan vagy véletlen változtatás vagy jogosulatlan nyilvánosságra hozatal ellen hatékonyan védeni.

23. Cikk

Az érintett személy tájékoztatása

- (1) Bármely személynek, akinek a személyazonosságát megfelelően tisztázták, joga van arra, hogy az adatot felhasználó hatóságtól különös késedelem és jelentős költségek nélkül általánosan érthető formában és elfogadható időszakonként információkat kapjon a róla a nyilvántartásban szereplő személyes adatokról, azok forrásáról, az azokkal tervezett felhasználási célról, a lehetséges átvéről vagy átvévő körökről és a felhasználás jogalapjáról. Az eljárás részleteire annak a Szerződő Államnak a nemzeti joga rendelkezéseit kell alkalmazni, amelyben az információt kéri.
- (2) Az (1) bekezdésben meghatározott esetben az Átvevő Államnak konzultálnia kell az Átadó Állammal arról, hogy tájékoztathatja-e az érintett személyt a nyilvántartásában szereplő személyes adatairól és azok felhasználási céljáról. Az Átvevő Államnak az Átadó Állam erre vonatkozó állásfoglalása szerint kell eljárnia.
- (3) A Szerződő Államok kötelesek az érintettel a tájékoztatás megtagadásának indokát közölni, amennyiben ezt az Átadó Állam jogszabályai lehetővé teszik. A Szerződő Államok ennek megfelelően tájékoztatják egymást.
- (4) Mind az Átadó, mind az Átvevő Állam köteles – az érintett kérelmére – a helytelen adatot helyesbíteni, illetőleg a jogellenesen kezelt adatot törölni. A helyesbitésről vagy törlésről a másik Szerződő Államot haladéktalanul tájékoztatni kell.

(5) A Szerződő Államok biztosítják, hogy az érintett, az adatvédelemmel kapcsolatos joga megsértése esetén hatékony jogorvoslattal fordulhasson a független bírósághoz vagy más illetékes hatósághoz, joga van továbbá arra, hogy kártérítést kapjon, vagy más jogorvoslattal élhessen.

24. Cikk

Adatkezelés a másik Szerződő Állam területén folytatott eljárás során

(1) A jelen Szerződés végrehajtása keretében a másik Szerződő Állam területén folytatott eljárás során megszerzett személyes adatok kezelésének ellenőrzése azon Szerződő Állam illetékes hatóságának a feladata, amelynek részére ezen személyes adatokat megszerezték. Az adatkezelés ezen Szerződő Állam belső jogszabályai szerint történik. Ennek során figyelembe kell venni az engedélyező hatóság által az engedéllyel összefüggésben megszabott előírásokat.

(2) A bűnüldöző hatóságok azon tagjainak, akik a másik Szerződő Állam területén teljesítik feladatukat, nem biztosítható közvetlen hozzáférés az ezen Szerződő Államban gépi feldolgozású személyes adatokhoz.

25. Cikk

Minősített adatok védelme

(1) A Szerződő Államok a jelen Szerződés végrehajtása során az átvett minősített adatokra vonatkozóan az átadó Állam által meghatározott azonos minősítési fokozatot és azonos védelmet biztosítanak.

(2) A minősített adatok jelölése és azok megfeleltetése az alábbi:

A Magyar Szerződő Állam a minősített adat hordozóján:

Minősítési fokozatok:

- a) „Szigorúan titkos!” („Streng geheim”)
- b) „Titkos!” („Geheim”)
- c) „Bizalmas!” („Vertraulich”)
- d) „Korlátozott terjesztésű!” („Eingeschränkt”)

Az Osztrák Szerződő Állam a minősített adat hordozóján:

Minősítési fokozatok:

- a) „Streng geheim” („Szigorúan titkos”)
- b) „Geheim” („Titkos”)
- c) „Vertraulich” („Bizalmas”)
- d) „Eingeschränkt” („Korlátozott terjesztésű”)

Az adathordozó kezelése a fenti megfeleltetés szerint történik mindkét Szerződő Államban.

(3) Az Átadó Államnak meg kell jelölnie a minősítés érvényességi idejét.

(4) A jelen Cikk alapján átadott iratok, adatok, információk és műszaki berendezések harmadik ország részére történő továbbadása csak az átadó Állam illetékes hatóságának írásbeli hozzájárulásával lehetséges.

(5) A jelen Cikk alapján átadott minősített adatok védelmének felügyeletére kijelölt szervek:

Az Osztrák Köztársaság részéről:

- Információbiztonsági Bizottság:

A Magyar Köztársaság részéről:

- Belügyminisztérium Titokvédelmi Iroda.

VI. Fejezet

Jogviszonyok a másik Szerződő Államban történő eljárás során

26. Cikk

A beutazásra és a tartózkodásra vonatkozó rendelkezések

(1) A Szerződő Államok hatóságának tagjai a jelen Szerződésből származó feladataik végrehajtása céljából a másik Szerződő Állam területére érvényes fényképes szolgálati igazolvánnyal léphetnek, és ott – külön engedély nélkül – a szolgálati feladat ellátásának idejéig tartózkodhatnak.

(2) A fedett nyomozó, külön engedély nélkül, fedőokirattal léphet a megkeresett Szerződő Állam területére és ott szolgálati feladat ellátása idejéig tartózkodhat.

27. Cikk

Az egyenruha viselésének, a kényszerítő eszközök, a szolgálati fegyverek használatának szabályai

(1) A jelen Szerződés eltérő rendelkezése hiányában, a megkereső Szerződő Állam hatóságának tagja a megkeresett Szerződő Állam területén:

a) jogosult egyenruhát viselni;

b) az általa bűncselekmény elkövetése során tetten ért vagy szökést megkísérlő elkövetőt elfoghatja és feltartóztathatja, de haladéktalanul köteles őt a területileg illetékes Szerződő Állam hatósága tagjának átadni.

(2) A megkereső Szerződő Állam hatóságának tagja a megkeresett Szerződő Állam területén a jelen Szerződésből származó feladatai teljesítése, továbbá az oda- és visszautazás során viselheti szolgálati fegyverét, valamint magával viheti a szükséges szolgálati felszerelést. A jelen Szerződésben meghatározott esetekben testi kényszer és kényszerítő eszköz - az arányosság figyelembe vételével - alkalmazható. A megkeresett Szerződő Állam területén szolgálati fegyver csak jogos védelemi helyzetben és végszükség esetén használható.

28. Cikk

Szolgálati, közszolgálati viszonyok

A megkereső Szerződő Állam hatósága tisztviselőjének szolgálati, közszolgálati jogviszonyára, munkaviszonyára és fegyelmi felelősségére saját államának jogszabályai vonatkoznak.

29. Cikk

Kártérítési felelősség

(1) A Szerződő Államok kölcsönösen lemondanak a megkereső Szerződő Állam hatósága tagja által, a jelen Szerződésből származó feladatának teljesítése során a megkeresett Szerződő Államnak okozott károk megtérítésének igényéről, kivéve, ha a kárt szándékosan vagy súlyos gondatlansággal okozták.

(2) A megkereső Szerződő Állam hatóságának tagja által, a jelen Szerződésből származó feladatának teljesítése során a megkeresett Szerződő Állam területén harmadik személynek okozott károk megtérítéséért a Szerződő Államok ugyanolyan feltételek mellett és ugyanolyan terjedelemben felelősek, mintha a kárt saját hatóságának tagja, saját állama területén okozta volna.

(3) A (2) bekezdésben meghatározott esetekben, a megkereső Szerződő Állam megtéríti a megkeresett Szerződő Állam által a károsultak vagy a kártérítésre jogosultak részére nyújtott kártérítést, kivéve, ha a kárt szándékosan vagy súlyos gondatlansággal okozták.

30. Cikk

Büntetőjogi felelősségi szabályok

Azon tisztviselők, akik jelen Szerződés alapján a másik Szerződő Állam területén tevékenykednek, általuk vagy sérelmükre elkövetett bűncselekmények tekintetében azonos elbírálás alá esnek a másik Szerződő Állam tisztviselőivel.

31. Cikk
A nemzeti jog elsőbbsége pénzügyi és vámügyekben

- (1) Ezen Szerződés hatálya illeték, adó, vám és deviza ügyekre nem terjed ki.
- (2) Azokat az információkat, amelyek ezen Szerződés keretében folytatott együttműködés során keletkeztek, nem lehet illeték, adó, vám kiszabására, továbbá illeték, adó, vám és deviza ügyekben felhasználni, kivéve, ha a megkeresett Állam ezeket az információkat kifejezetten ilyen eljárás céljából bocsátotta rendelkezésre.

VII. Fejezet
Záró rendelkezések

32. Cikk
A segítségnyújtás megtagadása

Bármelyik Szerződő Állam részben vagy egészben megtagadhatja, vagy feltételektől teheti függővé a segítségnyújtást, ha a segítségnyújtás veszélyezteti, illetőleg sérti államának szuverenitását, biztonságát, közrendjét vagy egyéb alapvető érdekeit, vagy ha az a Szerződő Államok jogszabályaival ellentétes.

33. Cikk
A hatóságok megnevezésének vagy feladatkörének változása

A Szerződő Államok a jelen Szerződés végrehajtásában illetékes hatóságok és a központi szervek megváltozásáról diplomáciai úton, írásban tájékoztatják egymást.

34. Cikk
Költségviselés

A jelen Szerződés végrehajtása során - eltérő rendelkezés hiányában - mindkét Szerződő Állam maga viseli a saját hatósága eljárása során felmerülő költségeket.

35. Cikk
Más nemzetközi szerződésekhez való viszony

A jelen Szerződés rendelkezései nem érintik a Szerződő Államok egyéb két- vagy többoldalú nemzetközi szerződéseiben szereplő kötelezettség-vállalásait.

36. Cikk
Hatálybalépés és felmondás

(1) A jelen Szerződést meg kell erősíteni. A megerősítésről szóló okiratokat a lehető legrövidebb időn belül ki kell cserélni. Jelen Szerződés a megerősítésről szóló okiratok kicserélését követő harmadik hónap első napján lép hatályba.

(2) Jelen Szerződés hatályba lépésével egyidejűleg az Osztrák Köztársaság Kormánya és a Magyar Népköztársaság Kormánya között a bűnügyi rendészeti és közlekedés rendészeti együttműködésről 1979. november 27-én aláírt Egyezmény, valamint az Osztrák Köztársaság Kormánya és a Magyar Köztársaság Kormánya között a nemzetközi terrorizmus, a nemzetközi illegális kábítószer-kereskedelem és a nemzetközi szervezett bűnözés elleni harcban történő együttműködésről szóló, 1996. július 12-én aláírt Egyezmény hatályát veszti.

(3) A jelen Szerződés határozatlan időre szól, és azt bármelyik Szerződő Állam diplomáciai úton, írásban bármikor felmondhatja. A Szerződés a felmondás kézhezvételétől számított hat hónap elteltével veszíti hatályát.

(4) A jelen Szerződés nyilvántartásba vételéről az Egyesült Nemzetek Alapokmányának 102. Cikke szerint, az Egyesült Nemzetek Főtitkárságán az Osztrák Köztársaság gondoskodik.

Készült Heiligenbrunnban 2004. június 6-án, két eredeti példányban, német és magyar nyelven, mindkét nyelvű szöveg egyaránt hiteles.

Az Osztrák Köztársaság
nevében

Ernst Strasser

A Magyar Köztársaság
nevében

Mónika Lamperth

[TRANSLATION – TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC
OF HUNGARY CONCERNING COOPERATION IN PREVENTING AND
COMBATING TRANSBOUNDARY CRIME

The Republic of Austria and the Republic of Hungary (hereinafter: the Contracting States),

With a view to cooperating for the achievement of their common security interests,

Being jointly determined to take effective action against transboundary crime that threatens public safety and public order and against international crime,

With the intention of comprehensively expanding the cooperation between the authorities responsible for the implementation of this Treaty,

Have agreed as follows:

CHAPTER I. GENERAL PROVISIONS

Article 1. Definition of terms

The terms used in this Treaty have the following meanings:

1. Authorities: the authorities and agencies competent under the domestic legislation of the Contracting States to prevent and to clear up criminal acts;

(a) on the part of the Republic of Austria: the Federal Minister of the Interior [Bundesminister für Inneres], the Security Directorates [Sicherheitsdirektionen] and the Federal Police Directorates [Bundespolizeidirektionen]; also the district administrative authorities in those areas which lie outside the area of local competence of the Federal Police Directorates;

(b) on the part of the Republic of Hungary: those agencies of the Police [Rendőrség], of the Frontier Guard [Határőrség] and of the Customs and Finance Guard [Vám- és Pénzügyőrség] which perform tasks in the investigation and prevention of crime, and also the Protective Service of the Agencies for the Protection of Order [Rendvédelmi Szervek Védelmi Szolgálat].

2. Justice authorities:

(a) on the part of the Republic of Austria: the Federal Minister of Justice and also the courts and the prosecutors' offices;

(b) on the part of the Republic of Hungary: the courts and the prosecutorial agencies.

3. The central agencies entitled to maintain contact during the implementation of this Treaty:

(a) on the part of the Republic of Austria:
- the Federal Minister of the Interior,

(b) on the part of the Republic of Hungary:

- the International Cooperation Centre for Criminal Matters of the National Police Headquarters [Országos Rendőr-főkapitányság Nemzetközi Bűnügyi Együttműködési Központ] (hereinafter: ORFK NEBEK).

4. With regard to the implementation of this Treaty, the following are to be considered frontier areas:

(a) on the part of the Republic of Austria:

- the area subject to the competence of the Security Directorate of the Federal Land of Burgenland [Sicherheitsdirektion für das Bundesland Burgenland];

(b) on the part of the Republic of Hungary:

- the area of the County of Győr-Moson-Sopron,
- the area of the County of Vas.

Article 2. Subject of the Treaty

The Contracting States shall strengthen their cooperation in the prevention, blocking and investigation of criminal acts. The cooperation between the Contracting States shall take place in conformity with their domestic legislation and in accordance with the provisions of this Treaty. Cooperation carried out by the competent authorities of the Contracting States within international organizations, such as the European Police Office (Euro-pol) or the International Criminal Police Organization (ICPO-Interpol), shall not be affected by this Treaty.

Article 3. Joint analysis of public safety and order and of the status of crime

The Contracting States shall regularly transmit to each other their findings and analyses concerning public safety and order and concerning the status of crime. To that end, they shall jointly analyse, as the occasion requires but at least once a year, the status of crime and the essential questions of crime prevention and shall discuss and harmonize the actions that need to be taken.

CHAPTER II. GENERAL PROVISIONS CONCERNING COOPERATION

Article 4. Cooperation upon request

(1) The competent authorities of the Contracting States shall cooperate and support each other upon request for the purpose of averting dangers to public safety and order and of preventing, blocking and investigating criminal acts. The said cooperation shall not extend to legal assistance that is within the competence of the justice authorities of the Contracting States. Requests that relate to military or political criminal acts may not be made or fulfilled. If the requested authority is not competent to fulfil a request by reason of the location or subject involved, it shall transmit to the request to the authority that

is competent to act for the locality and subject in question and shall notify the fact to the requesting authority.

(2) Requests and the replies thereto shall, except as otherwise provided in this Treaty, be transmitted in writing between the central agencies of the Contracting States. In urgent cases the request may also be made orally; an oral request must be confirmed in writing without delay.

(3) Requests shall, with due regard for article 1, paragraph (3), be sent to the following central agencies:

- (a) on the part of the Republic of Austria: the Federal Ministry of the Interior/General Directorate of Public Safety [Bundesministerium für Inneres/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit];
- (b) on the part of the Republic of Hungary: the ORFK NEBEK.

(4) The cooperation between the authorities of the Contracting States that is regulated by this Treaty shall extend in particular to the following:

- (a) the exchange of information,
- (b) action to be taken in urgent cases,
- (c) transboundary observation,
- (d) transboundary pursuit,
- (e) monitored transport,
- (f) the employment of undercover investigators,
- (g) the protection of witnesses,
- (h) cooperation at joint contact service locations,
- (i) the creation of joint investigative groups,
- (j) the sending and acceptance of liaison officers,
- (k) cooperation in training and advanced training,
- (l) cooperation in crime prevention.

(5) If, on the basis of the conditions specified in the request, fulfilment of the request is not possible or is possible only in part, the requested authority shall so inform the requesting authority without delay and the authorities shall agree on the further continuation of the fulfilment of the request, where necessary.

(6) In fulfilling the requests, the requested authorities and the agencies participating in the fulfilling of the requests shall act in accordance with the rules of procedure contained in the request, provided that that does not contravene the legislation of the requested Contracting State.

(7) If, under the legislation of the Contracting States, the transmittal or the fulfilment of the request requires the permission, approval, collaboration or concurrence of the justice authorities, the transmittal of the request or the beginning of its fulfilment may take place only after the said permission, approval, collaboration or concurrence has been obtained.

Article 5. Content of the request and language to be used

(1) Except as otherwise provided in this Treaty, the request shall contain at least the following:

- the name of the requesting authority;
- the subject of the request;
- a description and legal designation of the action that forms the subject of the request;
- the time limit for fulfilling the requests and the reasons for urgency;
- where necessary, permission from the justice authorities;
- an application for the participation of a member of the requesting authority during the fulfilment of the request;
- the personal identification data of the affected person, in such measure as is necessary for the fulfilment of the request, in so far as those data are known.

(2) In the implementation of this Treaty the authorities of the Contracting States may use the German and Hungarian languages equally or may also agree on the use of another language.

Article 6. Actions taken in urgent cases

(1) The authorities of the Contracting States—in accordance with their domestic legislation—may upon request, in the interest of safeguarding clues and items of evidence, carry out intensified monitoring in public places, search buildings, structures, localities, clothing, baggage and vehicles and present the person being sought.

(2) The provisions of article 4 of this Treaty shall be applied *mutatis mutandis*.

(3) The performance of the actions specified in paragraph (1) must be notified to the requesting authority without delay.

Article 7. Areas of the exchange of information

(1) In the course of their cooperation, the Contracting States shall, in the interest of preventing, impeding and investigating crime, in particular organized crime, provide each other upon request with the following information:

- (a) the data of those participating in organized crime, data relating to the connections of the perpetrators with the commission of a criminal act, their knowledge of the composition of the criminal organizations and criminal groups, the typical behaviour of perpetrators and groups, information concerning criminal acts that are in preparation, have been attempted or have been completed, in particular concerning the time, place and method of perpetration and the targets being attacked, knowledge concerning special circumstances, and also the relevant provisions of penal law and the measures taken, in so far as that is necessary for preventing, impeding or investigating the criminal acts;

- (b) information relating to the methods of perpetration and new forms of international crime;
- (c) the results of their criminalistic and criminological research and other research relating to criminal acts and information concerning the practice of investigations and the use of the working methods and means involved therein, with a view to their further development;
- (d) they shall, upon request, provide each other with knowledge about or samples of those objects against which the criminal act was committed, those which were used as means for committing a criminal act or those which were intended for such a purpose, or those which came into being as a result of the perpetration of the criminal act;
- (e) the legal regulation of the criminal acts that form the subject of this Treaty;
- (f) information relating to property obtained through the perpetration of the criminal act or in connection therewith.

(2) In the gathering of information by special means, the authorities of the Contracting States shall cooperate on the basis of their national legislation. The Contracting States undertake to extend to the data furnished on the basis of such exchange of information such protection as is at least equivalent to the protection prescribed by their national legislation.

Article 8. Delivery of information without receiving a request

The authorities of the Contracting States may in individual cases, in accordance with their domestic legislation, deliver even without receiving a request such information as is needed by the authorities of the other Contracting State in order to avert a danger that threatens public safety and public order or to prevent and investigate other criminal acts. The exchange of the information shall be subject to the provisions of article 4 of this Treaty *mutatis mutandis*.

Article 9. Direct exchange of information

(1) The transmittal of requests between the authorities of the Contracting States and the replies to them may occur directly:

- (a) if the authorities having competence in the frontier region request information from each other and the information furnished relates solely to the frontier region; or
 - (b) if the exchange of information through the central authorities would entail such delay as would endanger the interests of the proceeding or the effective fulfilment of the request.
- (2) Information may be regarded as relating to the frontier region especially if:
- (a) the data relate to a person affected by the request whose place of residence or place of stay is in the frontier region or it may be considered probable that the affected person is staying there at the time of the request;
 - (b) the data relate to an activity carried on by the affected person in the frontier region;

- (c) the data relate to an object concerning which it may be regarded as probable that it can be found within the frontier region; or
 - (d) the data relate to the head office or an activity of a body corporate in the frontier region.
- (3) The direct exchange of information in accordance with paragraphs (1) and (2) shall extend to the following:
- (a) the furnishing of data found in the criminal records;
 - (b) the determination and certification of personal identity, place of stay and address;
 - (c) the establishment of the identity of a person that owns, maintains or operates a road, water or air vehicle;
 - (d) examination of the existence, validity and restrictions of driving licences and navigation licences;
 - (e) furnishing of the individual identifying data of motor vehicles (registration number, chassis number, engine number);
 - (f) the examination of the existence, validity and limitations of a licence to own and carry a firearm;
 - (g) the determination of the owner, subscriber and holder of telecommunications devices;
 - (h) inquiries concerning objects and samples;
 - (i) search to find a person who has special technical knowledge.

CHAPTER III. SPECIAL FORMS OF COOPERATION BETWEEN AUTHORITIES

Article 10. Transboundary observation

(1) The authorities of the Contracting States shall be entitled, in the course of investigative activities carried on in the territory of their own States, also to continue the observation of a person suspected of having committed a criminal act referred to in paragraph (2) or to observe a person who is in or enters into communication with him, provided that the central agency of the latter Contracting State has, on the basis of a previously transmitted request, approved the transboundary observation. Conditions may be attached to the approval.

(2) Transboundary observation may be carried on in the case of suspicion of criminal acts that could serve as a basis for the issuance of a European warrant for arrest. In the case of a properly grounded suspicion of the aforementioned criminal acts the authorities of the Contracting States may also observe a person who is in communication with the suspect and concerning whom it can justifiably be assumed that he may provide assistance in identifying or finding the suspect.

(3) If the authorities of the requested State so ask, the observation must be handed over to those authorities. The authority of the requested Contracting State may provide assistance in the observation if asked to do so.

(4) Approval given for observation shall be valid in the entire territory of the Contracting States. In the course of the observation the common frontier of the Contracting States may also be crossed outside of the authorized frontier-crossing points and outside of the hours during which such points are open.

(5) If delay would entail danger, the observation may be continued even without the prior approval referred to in paragraph (1). In such case the competent authority of the requested Contracting State must be informed without delay when the State frontier is crossed. The request must subsequently be transmitted without delay to the central agency of the requested Contracting State. The request must also state the reasons that made it necessary to cross the frontier without prior approval.

(6) The competent authorities referred to in paragraph (5) shall be:

(a) on the part of the Republic of Austria:

- the Federal Ministry of the Interior/General Directorate of Public Safety/Federal Criminal Investigation Office [Bundesministerium für Inneres/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit/Bundeskriminalamt];

(b) on the part of the Republic of Hungary:

- the Crime Response Unit/Directorate of National Police Headquarters [az Országos Rendőr-főkapitányság Bűnügyi Ellátó Igazgatósága].

(7) The observation in conformity with paragraph (5) must be discontinued without delay if the authority of the requested Contracting State so asks subsequent to the request, and also if the approval necessary for fulfilling the request has not been received within five hours following the sending of the request.

(8) Observation shall be permitted solely under the following conditions:

(a) the officials carrying out the observation shall be subject to the provisions of this article and to the domestic legislation of the Contracting State in whose territory they are acting; they must act in accordance with the instructions of the authorities that have local competence;

(b) the vehicles used for the observation shall be subject to the same traffic regulations as the vehicles used by the authorities of the requested Contracting State;

(c) with the exception of the case referred to in paragraph (5), the officials continuing the observation must have in their possession a document certifying that the observation has been authorized;

(d) the officials carrying out the observation must present evidence of their official status at any time;

(e) the officials carrying out the observation may not, in the course of the observation, enter private dwellings or places not open to the public, and work premises, industrial premises and business premises open to the public may be entered by the officials during the hours when those premises are open;

(f) the official carrying out the observation must prepare a report for the central agency of the requested Contracting State;

(g) where technical equipment inter alia is required for carrying out the observation, it may be used if the legislation of the requested Contracting State so permits; the technical equipment must be indicated in the request made in accordance with paragraph (1).

Article 11. Transboundary pursuit

(1) The officials of an authority of the requested Contracting State may continue in the territory of the requested Contracting State, without prior approval, the pursuit of a person who has committed or attempted to commit in the territory of the requesting Contracting State a criminal act referred to in article 10, paragraph (2), and

(a) has been found in flagrant delict or

(b) has escaped from arrest, preventive detention or the execution of a penalty of deprivation of freedom that resulted from such a criminal act,

and the delay involved in notifying the authorities of the requested Contracting State would make the capture of the perpetrator significantly more difficult, or would severely endanger the interests of prosecution, and also if it can be regarded as probable that the authority of the requested Contracting State will not be able to take over the pursuit in good time.

(2) In the case referred to in paragraph (1)--without delay, but not later than at the time of the crossing of the frontier--the competent authority of the requested Contracting State must be notified.

(3) The competent authority referred to in paragraph (2) shall be:

(a) on the part of the Republic of Austria:

- the Security Directorate of the Federal Land of Burgenland

(b) on the part of the Republic of Hungary:

depending on the place at which the frontier was crossed,

- the Police Headquarters of the county of Győr-Moson-Sopron, or

- the Police Headquarters of the county of Vas.

(4) The pursuit must be discontinued without delay if the authority of the requested Contracting State so asks.

(5) If the official of the requesting Contracting State who is carrying out the pursuit so asks, the authority of the requested Contracting State shall detain the pursued person for the purpose of ascertaining his identity.

(6) If the authority of the requested Contracting State does not ask for a discontinuation of the pursuit and that authority is unable to take action in good time, the official of the requesting Contracting State who is carrying out the pursuit may detain the pursued person on site. Such action must be notified without delay to the competent authority of the requested Contracting State.

(7) The pursuit may be continued throughout the territory of the Contracting States, without any restriction with regard to time.

(8) The pursuit may be continued under the following conditions:

(a) the officials carrying out the pursuit must act in conformity with the provisions of this article and with the domestic legislation of the Contracting State in whose territory they are carrying out the pursuit;

(b) the vehicles used in the pursuit shall be subject to the same traffic regulations as the vehicles used by the authorities of the requested Contracting State. The vehicles must bear the distinguishing marks necessary for their recognition;

(c) the officials carrying out the pursuit must present evidence of their official status at any time;

(d) the officials carrying out the pursuit may not, in the course of the pursuit, enter private dwellings or places not open to the public, and work premises, industrial premises and business premises open to the public may be entered by those officials during the hours when those premises are open;

(e) where technical equipment inter alia is required for carrying out the observation, it may be used if the legislation of the requested Contracting State so permits; the technical equipment must be indicated in the request made in accordance with paragraph (1);

(f) the officials carrying on the pursuit must be unambiguously recognizable by means of a uniform, an armband or supplementary marks placed on the vehicle;

(g) the articles in the possession of the captured person may be provisionally secured until the arrival of an official of the competent authorities. Handcuffs may be used in transporting the captured person. Together with the captured person, the objects temporarily seized must also be delivered to the authority;

(h) following the conclusion of the pursuit, the officials carrying out the pursuit must submit a report concerning the result of the pursuit to the requested Contracting Party's authority referred to in paragraph (3). In the course thereof they must, if so asked by the authority of the requested Contracting State, be present in person for such a time as is necessary for appropriately clarifying the circumstances of the pursuit. The foregoing provisions shall apply even if the pursued person has not been captured.

(9) The person captured in the course of the pursuit shall be interrogated by the competent authority of the requested Contracting State. The personal freedom of the captured person may be restricted in conformity with the legislation of the requested Contracting State.

Article 12. Monitored transport

(1) On the basis of an agreement between the authorities of the Contracting States in each case, monitored transport may be carried out.

(2) The competent authorities shall agree on the time and manner of the monitored transport and on the degree of their cooperation. The authority of the requested Contracting State may restrict the monitored transport or may deny such transport if it would pose an unacceptable degree of danger to the persons participating in the monitored transport or to public safety.

(3) Monitored transport shall be directed by the authorities of the requested Contracting State. The monitored transport shall be carried out in such a way that it may be halted at any time. After acceptance the authorities of the requesting Contracting State may accompany the transport but may not exercise the entitlements of authority. In the course of such accompaniment, the authorities of the requesting Contracting State must act in conformity with the provisions of this article, the legislation of the requested Contracting State and the instructions of the competent authority of the requested Contracting State.

(4) A request for monitored transport must, in addition to the data referred to in article 5, paragraph (1), of this Treaty, also include:

- (a) the subject, expected route and duration of the transport, the method of transport and the data suitable for identifying the means of transport;
- (b) the manner of the accompaniment;
- (c) the number of persons participating in the accompaniment;
- (d) the circumstances of the delivery and acceptance of the transport;
- (e) the actions to be taken in the event of capture.

(5) Undercover investigators may participate in the accompaniment of the monitored transport only with permission from the justice authorities determined in accordance with the domestic legislation of the Contracting States.

(6) If delay would entail danger, the authorities of the Contracting States may also directly transmit or accept a request for the monitored transport. The request must subsequently be transmitted without delay to the central agencies of the Contracting States. The supporting documents for the monitored transport must also be attached to the request.

(7) In the application of this article the competent authorities shall be:

(a) on the part of the Republic of Austria:

- the Federal Ministry of the Interior/General Directorate of Public Safety/Federal Criminal Investigation Office;

(b) on the part of the Republic of Hungary: - the ORFK NEBEK.

Article 13. Employment of undercover investigators

(1) The Contracting States shall -- on the basis of a request sent to the central agencies -- agree to the employment in their respective territories of undercover investigators of the requesting Contracting State in so far as that is necessary in the interests of the effective investigation of a criminal act which has been committed or for which preparations are being made in the territory of the requesting Contracting State and which could serve as the basis for the issuance of a European warrant for arrest, provided that the effective investigation of the criminal act would not be possible or would be substantially more difficult without the employment of the undercover investigator. An undercover investigator of the requested Contracting State may also be employed in the territory of the requested Contracting State if the requesting Contracting State so asks.

(2) If the employment of the undercover investigator requires permission from the justice authority determined in accordance with the domestic legislation of the Contracting States, the employment of the undercover investigator may not begin until after such permission has been obtained. The permission shall at all times be valid for the entire territory of the Contracting States.

(3) The request for the employment of the undercover investigator must, in addition to the data specified in article 5, paragraph (1), of this Treaty, also include:

(a) the duration and conditions of the employment of the undercover investigator;

(b) the rights and obligations of the undercover investigator;

(c) the actions to be taken in the event of the revelation of the undercover investigator's identity;

(d) information concerning the rules governing the liability of the undercover investigator under penal law and his liability for damage caused in the course of his employment.

(4) The employment of the undercover investigator shall always be limited to individual cases and to a specified period of time, which cannot be longer than one month. The duration of the undercover investigator's employment may be extended. Preparations for the employment of the undercover investigator shall be made by agreement between the authorities of the Contracting States. The undercover investigator may begin his activities after the agreement for the case in question has been arrived at by the central agencies and after the permission referred to in paragraph (2) has been obtained.

(5) The directions for the employment of the undercover investigator shall be given by the authority of the requested Contracting State. The actions of the undercover investigator shall be governed in principle by the legislation of the requested Contracting State. In addition to this, the legislation of the requesting Contracting State must also be taken into consideration.

(6) The undercover investigation must be halted without delay if the authority of the requested Contracting State so asks.

(7) In the case referred to in paragraph (4) the necessity and conditions of the employment of the undercover investigator and the utilization of the information obtained in the course of the investigation shall be determined by the authority designated by the requested Contracting State. The authority of the requesting Contracting State must be informed of this.

(8) The requested Contracting State may provide personal, logistical and technical support for the activities of the undercover investigator. The authority of the requested Contracting State shall take all necessary actions to protect the safety of the requesting Contracting State's undercover investigator.

Article 14. Creation of joint investigating groups

(1) The central authorities of the Contracting States may, on the basis of their domestic legislation, create a joint investigating group for the purpose of investigating a criminal act that could serve as a basis for the issuance of a European warrant for arrest, especially if:

- (a) the investigation of a criminal act that extends to several member States is difficult and expensive;
- (b) criminal investigation is going on in several States as a result of the criminal act and therefore it is necessary to harmonize the investigative work.

(2) The joint investigating group shall be created by an agreement applying to the case in question between the central agencies. The agreement must, in particular, include the following:

- (a) a description of the criminal act which the investigating group was established to investigate;
- (b) the area in which it will function;
- (c) the composition of the investigating group and/or the possibility of changing that composition;

- (d) the leader of the investigating group;
- (e) the duration of its functioning and the conditions for extending that duration;
- (f) the rights and obligations of the member of the foreign authority;
- (g) the conditions for its functioning;
- (h) the organizing activities and the responsibility for bearing the costs of its operation.

(3) If, according to the domestic legislation of the requested Contracting State, the participation of an official of the requesting Contracting State in a specific proceeding of the joint investigating group requires permission from the justice authorities, such participation may begin only after permission has been obtained.

(4) The joint investigating group shall be directed by the requested Contracting State's authority that has been agreed upon; that authority shall also attend to the personal and technical conditions required for the functioning of the investigating group.

(5) The official of the requesting Contracting State who is participating in the investigating group shall not be entitled to carry out any independent activities in the territory of the requested Contracting State.

(6) The member of the authority of the requesting Contracting State who is participating in the joint investigating group may deliver unclassified data and information in his possession in the same cases and subject to the same conditions as if he were delivering them to his own authorities.

(7) In the case of those classified data which have been classified by the authorities participating in the cooperation established in this Treaty, making classified data required for the work of the joint investigating group accessible to the official of the other Contracting State shall be authorized by the central agency that authorized the creation of the joint investigating group. Delivery of data classified by agencies not participating in the cooperation shall require obtaining the permission specified in the domestic legislation of the Contracting States.

(8) Data or information made accessible to the joint investigating group may be used solely for the following purposes:

- (a) the investigation of the criminal act for the investigation of which the joint investigating group was created;
- (b) the clarification or investigation of another criminal act, subject to the prior consent of the Contracting State delivering the data or information;
- (c) the prevention of criminal acts that directly and seriously endanger public safety, or--with the prior consent of the Contracting State delivering the data or information--in the course of the penal proceeding instituted because of such a criminal act.

Article 15. Sending of liaison officers

(1) The central authority of one Contracting State may, with the consent of the central authority of the other Contracting State, send liaison officers to the latter's criminal investigation authorities for a specified or unspecified period of time.

(2) The purpose of sending the liaison officers shall be to accelerate the cooperation carried on between the Contracting States on the basis of this Treaty and to ensure the continuing provision of assistance:

- (a) by information exchange that serves to prevent, forestall and investigate criminal acts;
- (b) by the fulfilling of requests relating to crime;
- (c) by the provision of assistance in connection with the protection of external frontiers and the implementation of agreements concerning the acceptance of returned persons.

(3) In addition, the liaison officers shall provide assistance to the authorities entrusted with averting dangers that threaten public safety and public order by delivering information necessary for the performance of their tasks.

(4) The liaison officers shall not be entitled to take independent action for the prevention and prosecution of crime. The transmittal of information and the performance of their tasks shall take place on the basis of instructions from the authority of the requesting Contracting State that sent out the liaison officers, with due regard for the expressed wishes of the requested Contracting State's authority in association with which they are carrying on their activities.

Article 16. Protection of witnesses

(1) The Contracting States may, through their competent agencies, request the resettlement from the territory of one Contracting State to the territory of the other Contracting State of witnesses, victims and suspects (accused persons) protected in the course of a penal proceeding and of other persons connected therewith (hereinafter in the implementation of this article: affected persons) and the subsequent providing of protection to them. The transfer and acceptance of the protection of affected persons must not impede the penal proceeding in progress in the Contracting States.

(2) A request for the transfer or acceptance of an accepted person must, in addition to the data specified in article 5, paragraph (1), of this Treaty, include the following:

- (a) the claim to confidentiality;
- (b) the role played in the penal proceeding by the affected person;
- (c) information relating to the existing threatened status and the severity of the threat;
- (d) the reason for the resettlement of the affected person to the territory of the requested Contracting State;
- (e) the recommended form and extent of the protection;
- (f) the necessary duration of the placement in the territory of the requested Contracting State and the possibility of extending that duration;
- (g) the recommendation for the place of stay of the affected person and/or other documents necessary for providing the protection.

(3) After the acceptance of the request, those agencies of the Contracting States which are designated for providing the protection shall enter into direct agreements concerning the transfer and/or acceptance of the protection, the method of protection, the du-

ration of the protection, the method of maintaining contact, the bearing of costs and the cases in which the protection may be discontinued.

CHAPTER IV. OTHER FORMS OF COOPERATION

Article 17. Cooperation at joint contact service offices

(1) The Governments of the Contracting States may, in the interest of facilitating the exchange of information between their authorities and facilitating the cooperation between them, establish joint contact service offices.

(2) At the joint contact service offices the officials of the authorities of the Contracting States shall, within the scope of their competence, work in direct spatial proximity to each other. In the course of such work they shall cooperate in the direct exchange of information specified in article 9 of this Treaty and shall support the harmonization of the transboundary cooperation in accordance with this Treaty.

(3) The cooperation may extend to making preparations for the transfer and reacceptance of persons and to providing assistance in connection therewith.

(4) The officials performing their duties at the joint contact service offices shall not be entitled to take independent procedural action beyond the actions specified in paragraphs (2) and (3). They shall be subject to the direction and disciplinary competence of their national authorities.

(5) The places at which the joint contact service offices are established, the conditions of their establishment, the method of the cooperation and the rules governing the bearing of costs shall be determined in separate agreements.

Article 18. Joint patrol service along the frontier

(1) The authorities of the Contracting States may, with a view to the protection of public safety and public order, to the supervision of action taken against criminal acts and to the monitoring of the frontier, establish a joint patrol service up to a distance of 10 kilometres from the common State frontier.

(2) In the joint patrol service the members of the other Contracting State's authority shall also be entitled to ascertain the identity of persons and, if such persons attempt to evade supervision, to detain them in accordance with the national legislation of the Contracting State in whose territory the action is taken.

(3) Other actions and coercive measures shall be taken by the officials of the Contracting State in whose territory the joint patrol service is being provided, except where the success of the action would be endangered or made significantly more difficult without the participation of the officials of the other Contracting State.

CHAPTER V. PROTECTION OF DATA

Article 19. Scope of the personal data that may be delivered

(1) With a view to the implementation of this Treaty, the Contracting States may deliver to each other the following personal data:

- (a) the personal identification data of the persons taking part in the commission of the criminal acts and the contacts of such persons in the commission of criminal acts: family name, previous family name in some cases, given name, other name (pseudonym, nickname, sobriquet), time and place of birth, place of residence, sex, and present or possible earlier nationality;
- (b) the data of the passport, personal identification document or other travel document (number, date of issuance, name of the issuing authority, place of issuance, duration of validity, territorial area of validity);
- (c) the fingerprints and palm prints of suspects, or data relating to their DNA profile or pattern, personal description or photograph;
- (d) any other data necessary for the identification of the affected person.

Article 20. Fundamental principles

(1) In the course of the cooperation specified in this Treaty the following provisions shall be applied by the Contracting States in connection with the personal data they deliver to each other:

- (a) in the request for the data whose delivery is desired the scope of the data whose delivery is desired and the purpose of their utilization must be stated;
- (b) in the course of the cooperation specified in this Treaty the Contracting State accepting the personal data (hereinafter: the accepting State) may handle the data only for the purposes specified in this Treaty and in accordance with the conditions specified by the Contracting State delivering the data (hereinafter: the delivering State). If the delivering State so asks, the accepting State shall provide information concerning the utilization of the delivered personal data;
- (c) before delivery of the data, the delivering State, after determining that the delivery of the data is necessary and proportionate and is in harmony with international law, must convince itself of the accuracy of the data being delivered;
- (d) at the time of the delivery of the data the delivering State must indicate the time limit for the deletion of the data in accordance with its domestic legislation currently in force. If the delivering office informs the accepting office of a special time limit beyond which the data may not be retained, the receiving office must comply with that time limit;

- (e) personal data may be delivered solely to the investigative authorities referred to in article 1, paragraph (1). The data may be transmitted to other authorities with the prior written consent of the delivering State.

Article 21. Correction and deletion of the data

(1) The personal data delivered on the basis of this Treaty must be deleted or destroyed:

- (a) if the delivered data have been found to be incorrect;
- (b) if the acquisition or delivery of the data did not take place according to law or if, according to the domestic legislation of the delivering State, lawfully delivered data must be deleted at a later time;
- (c) if the data are not needed, or are no longer needed, for carrying out the task stated at the time of delivery, except where the delivering State has consented to the use of the data for some other purpose specified in this Treaty.

(2) The accepting State must be informed without delay about the circumstances referred to in paragraph (1), subparagraphs (a) and (b), and the latter State shall be required to delete or destroy those data which may not be transmitted. If the accepting authority comes to the conclusion that the delivered data are incorrect, or that they must be deleted or destroyed, it shall so inform the delivering authority without delay.

(3) The incorrect data delivered must be corrected without delay if the delivering authority so asks.

(4) If the purpose for which the accepted personal data were to be used, as stated at the time of delivery, has been achieved, those data must be deleted even if the time limit for deletion has not yet expired. The deletion of delivered data and the reason for the deletion shall be notified by the Contracting States to each other without delay. All personal data must be deleted at the time when this Treaty ceases to have effect.

Article 22. Registration of delivered data

(1) The authorities must maintain a register of the data delivered and accepted on the basis of this Treaty. The registration must include at least the following entries: the purpose of the delivery of the data, their content, the accepting agency and the time of delivery. Online delivery of data must be automatically registered.

(2) The registers must be retained for at least five years; registers relating to special data that have been delivered must be preserved for the period of time specified in the domestic legislation relating to such data.

(3) The data of the register may be used solely for monitoring compliance with the rules governing data protection.

(4) The accepting authorities shall be required to protect the delivered personal data effectively from accidental or unauthorized destruction, accidental loss, unauthorized access, unauthorized or accidental alteration or unauthorized public disclosure.

Article 23. Provision of information to the affected person

(1) Any person whose identity has been appropriately verified shall be entitled to receive from the authority making use of the data, without any special delay or significant expense, in a generally understandable form and at acceptable intervals, information concerning the personal data him that appear in the register, the source of those data, the purpose for which it is planned to utilize them, the possible acceptor or group of acceptors and the legal foundation for the utilization. The details of the procedure shall be governed by the national legislation of the Contracting State in which the information is requested.

(2) In the case referred to in paragraph (1) the accepting State must consult with the delivering State on the question whether it may inform the affected person about those personal data relating to him that appear in the register and the purpose for which they are to be used. The accepting State must proceed in accordance with the position adopted on this subject by the delivering State.

(3) The Contracting States shall be required to inform the affected person about the reasons for denying him information, in so far as that is permitted by the legislation of the delivering State. The Contracting States shall inform each other accordingly.

(4) Both the delivering State and the accepting State shall be required--if the affected person so asks--to correct any incorrect data and/or to delete the unlawfully handled data. The correction or deletion must be notified without delay to the other Contracting State.

(5) The Contracting States shall ensure that the affected person, in the event of a violation of his rights relating to the protection of data, will be able to apply with an effective legal remedy to an independent court or other competent authority, and he shall further have the right to receive compensation or to have recourse to another legal remedy.

Article 24. Handling of data in the course of proceedings conducted in the territory of the other Contracting State

(1) In the course of the implementation of this Treaty the monitoring of the handling of personal data acquired in the course of a proceeding conducted in the territory of the other Contracting State shall be the task of the competent authorities of the Contracting State for which the said personal data were acquired. The handling of the data shall take place in accordance with the domestic legislation of the latter Contracting State. In the course of such handling, consideration must be given to the conditions prescribed by the approving authority in connection with the approval.

(2) Those members of the authorities who are performing their duties in the territory of the other Contracting State shall not be accorded direct access to personal data automatically processed in the said Contracting State.

Article 25. Protection of classified data

(1) The Contracting States shall ensure that classified data accepted in the implementation of this Treaty are assigned a degree of classification identical with the degree determined by the delivering State and given the identical degree of protection.

(2) The designations of classified data and the correspondence between them are the following:

The Austrian Contracting State shall mark on the carrier of the classified data the following degrees of classification:

- (a) “Strictly secret” (“Streng geheim”),
- (b) “Secret” (“Geheim”),
- (c) “Confidential” (“Vertraulich”),
- (d) “Restricted circulation” (“Eingeschränkt”).

The Hungarian Contracting State shall mark on the carrier of the classified data the following degrees of classification:

- (a) “Strictly secret” (“Szigorúan titkos!”),
- (b) “Secret” (“Titkos!”),
- (c) “Confidential” (“Bizalmas!”),
- (d) “Restricted circulation” (“Korlátozott terjesztésű!”),

The handling of the data carrier shall take place in accordance with the above correspondence system in both Contracting States.

(3) The delivering State must indicate the period of validity of the classification.

(4) Documents, data, information and technical equipment delivered on the basis of this article may be forwarded to third States only with the written consent of the competent authority of the delivering State.

(5) The agencies designated for monitoring the protection of the classified data delivered on the basis of this article shall be:

On the part of the Republic of Austria:

- the Information Security Commission [Informationssicherheitskommission];

On the part of the Republic of Hungary:

- the Secrets Protection Office of the Ministry of the Interior [Belügyminisztérium Titokvédelmi Iroda].

CHAPTER VI. LEGAL RELATIONS IN THE COURSE OF A PROCEEDING TAKING PLACE IN THE OTHER CONTRACTING STATE

Article 26. Provisions relating to entry and stay

(1) For the purpose of performing their tasks arising out of this Treaty the members of the authorities of the Contracting States may enter the territory of the other Contract-

ing State with a valid service pass bearing a photograph and may, without special authorization, stay there until the completion of their service tasks.

(2) An undercover investigator may, without special authorization, enter the territory of the requested Contracting State with a cover document and stay there until the completion of his service task.

Article 27. Rules governing the wearing of uniforms and the use of means of coercion and service weapons

(1) Except as otherwise provided in this Treaty, a member of the authority of the requesting Contracting State may, in the territory of the requested Contracting State:

- (a) wear a uniform;
- (b) capture and detain a suspect who has been caught in flagrant delict while committing a criminal act or has attempted to escape, but he must deliver the suspect without delay to a member of the authority of the Contracting State which has territorial competence.

(2) A member of the authority of the requesting Contracting State may, in the territory of the requested Contracting State, in the course of performing his tasks arising out of this Treaty and in the course of his travel to and return from the latter State, wear his service weapon and carry with him the necessary service equipment. In the cases specified in this Treaty bodily coercion may be applied and coercive means may be used, with due regard for proportionality. A service weapon may be used in the territory of the requested Contracting State only in a situation of justified self-defence and extreme emergency.

Article 28. Service and public-service relations

(1) The service and public-service legal relations, labour relations and disciplinary responsibility of an official of the authority of the requesting Contracting State shall be governed by the legislation of his own State.

Article 29. Liability for compensation

(1) The Contracting States reciprocally waive any claim to compensation for damage caused to the requested Contracting State by a member of the authority of the requesting Contracting State in the course of performing his tasks arising out of this Treaty, except where the damage has been caused intentionally or through gross negligence.

(2) In respect of compensation for damage caused to third persons in the territory of the requested Contracting State by a member of the authority of the requesting Contracting State in the course of performing his tasks arising out of this Treaty the Contracting States shall be liable under the same conditions and to the same extent as if the damage had been caused by a member of their own authority in the territory of his own State.

(3) In the cases referred to in paragraph (2) the requesting Contracting State shall reimburse the compensation paid by the requested Contracting State to persons who have

suffered damage or who are entitled to compensation, except where the damage was caused intentionally or through gross negligence.

Article 30. Rules governing liability under penal law

Officials acting in the territory of the other Contracting State on the basis of this Treaty shall, in respect of criminal acts committed by them or to their detriment, receive the same treatment as the officials of the other Contracting State.

Article 31. Priority of national law in financial and customs matters

(1) The validity of this Treaty shall not extend to matters involving fees, taxes, customs duties or foreign currency.

(2) Items of information that have arisen in the course of the cooperation carried out under this Treaty shall not be used in apportioning fees, taxes or customs duties, nor may they be used in matters relating to fees, taxes, customs duties or foreign currency, except where the requested State made such items of information available expressly for the purpose of such a proceeding.

CHAPTER VII. FINAL PROVISIONS

Article 32. Denial of assistance

Either Contracting State may deny the provision of assistance in part or in whole, or make the provision of assistance dependent on conditions, if the provision of assistance endangers the sovereignty, security, public order or other fundamental interests of the State or is contrary to its legislation.

Article 33. Changes in the designation or scope of competence of the authorities

The Contracting States shall inform each other in writing through the diplomatic channel concerning any change in the authorities and central agencies having competence for the implementation of this Treaty.

Article 34. Bearing of costs

In the course of the implementation of this Treaty--unless otherwise provided--each Contracting State shall bear the costs arising in the course of proceedings carried out by its own authorities.

Article 35. Relationship to other international treaties

The provisions of this Treaty shall not affect any obligations assumed by the Contracting States under other bilateral or multilateral international treaties.

Article 36. Entry into force and denunciation

(1) This Treaty is subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged as speedily as possible. This Treaty shall enter into force on the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification.

(2) Simultaneously with the entry into force of this Treaty the Agreement between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Hungarian People's Republic concerning Cooperation in Criminal Police and Traffic Police Matters, signed on 27 November 1979, and the Agreement between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Hungary on Cooperation for the Control of International Terrorism, the International Illicit Traffic in Narcotic Drugs, and International Organized Crime, signed on 12 July 1996, shall cease to have effect.

(3) This Treaty is concluded for an indefinite period and may be denounced in writing by either Contracting State at any time through the diplomatic channel. The Treaty shall cease to have effect upon the expiry of six months counted from the receipt of the notice of denunciation.

(4) The Republic of Austria shall attend to the registration of this Treaty with the Secretariat of the United Nations in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

Done at Heiligenkreuz on 6 June 2004 in duplicate in the German and Hungarian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

ERNST STRASSER

For the Republic of Hungary:

MÓNIKA LAMPERTH

[TRANSLATION – TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE HONGRIE RELATIF À LA COOPÉRATION EN MATIÈRE DE PRÉVENTION ET DE LUTTE CONTRE LE CRIME TRANSFRONTIÈRE

La République d'Autriche et la République de Hongrie (ci-après dénommées « les États contractants »),

Animés par le désir de coopérer à la réalisation de leurs intérêts communs en matière de sécurité,

Déterminés tous deux à prendre des mesures effectives pour lutter contre le crime transfrontière qui menace la sécurité et l'ordre publics, ainsi que contre le crime international,

Désireux de développer la coopération entre les autorités chargées de l'application du présent Traité,

Sont convenues de ce qui suit :

CHAPITRE I. DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article premier. Définitions

Les termes utilisés dans le présent Traité ont les significations suivantes :

1. Autorités : les autorités et les organismes compétents conformément à la législation interne des États contractants pour prévenir et élucider les infractions pénales;

a) Pour la République d'Autriche : le Ministère fédéral de l'intérieur [*Bundesministerium für Inneres*], les Directions de la sécurité [*Sicherheitsdirektionen*] et les Directions de la police fédérale [*Bundespolizeidirektionen*]; ainsi que les autorités administratives du district dans les domaines qui n'entrent pas dans la zone de compétence locale des Directions de la police fédérale;

b) Pour la République de Hongrie : les agences de la police [*Rendőrség*], de la Direction de l'observation frontalière [*Hátarőrség*] et la Direction de l'administration des douanes et des finances [*Vám- és Pénzügyőrség*] qui réalisent des activités d'enquête et de prévention des délits, ainsi que le Service de protection des agences de protection de l'ordre [*Rendvédelmi Szervek Védelmi Szolgálat*].

2. Les autorités de justice :

a) Pour la République d'Autriche : le Ministère fédéral de la justice ainsi que les tribunaux et les bureaux des procureurs;

b) Pour la République de Hongrie : les tribunaux et les bureaux des procureurs.

3. Les entités centrales qui ont le droit de rester en contact durant l'application du présent Traité sont :

a) Pour la République d'Autriche :

- le Ministère fédéral de l'intérieur,
- b) Pour la République de Hongrie :
 - le Centre de coopération internationale pour les affaires criminelles du siège de la police nationale [*Országos Rendőr-főkapitányság Nemzetközi Bűnügyi Együttműködési Központ*] (ci-après dénommé : ORFK NEBEK).
- 4. En ce qui concerne l'application du Traité, les zones suivantes sont considérées frontalières :
 - a) Pour la République d'Autriche :
 - La zone relevant de la compétence de la Direction de sécurité de l'État fédéré du Burgenland [*Sicherheitsdirektion für das Bundesland Burgenland*];
 - b) Pour la République de Hongrie :
 - La zone du comté de Győr-Moson-Sopron,
 - La zone du comté de Vas.

Article 2. Objet du Traité

Les États contractants s'engagent à renforcer la coopération dans la prévention, le blocage et l'investigation d'actes criminels. La coopération entre les États contractants est menée à bien conformément à leur législation interne et aux dispositions du présent Traité. Le présent Traité ne porte pas préjudice à la coopération menée à bien par les autorités compétentes des États contractants au sein d'organisations internationales, telles que l'Office européen de police (Europol) ou l'Organisation internationale de police criminelle (OIPC – Interpol).

Article 3. Analyse conjointe de la sécurité et de l'ordre publics et de la situation de la criminalité

Les États contractants se transmettent régulièrement et réciproquement les résultats et les analyses relatives à la sécurité et à l'ordre publics et à la situation de la criminalité. À cette fin, ils analysent conjointement, si besoin est et au minimum une fois par an, la situation de la criminalité et les principaux aspects de la prévention du crime, et ils étudient et harmonisent les actions à prendre.

CHAPITRE II. DISPOSITIONS GÉNÉRALES RELATIVES À LA COOPÉRATION

Article 4. Coopération sur demande

1. Les autorités compétentes des États contractants s'engagent à coopérer et à se fournir un soutien mutuel sur demande dans le but de détecter les dangers à la sécurité et à l'ordre publics et de prévenir, freiner et enquêter sur les actes criminels. Ladite coopération ne concerne pas l'assistance juridique qui relève de la compétence des autorités de justice des États contractants. Les demandes relatives à des actes criminels militaires ou politiques ne sont pas nécessairement formulées ou reçues. Si l'autorité requise n'est pas compétente pour répondre à une demande en raison de la localisation ou du sujet en

question, elle doit transmettre la demande à l'autorité compétente pour agir dans la localité et les sujets en question et en notifie l'autorité requérante.

2. Les demandes et les réponses correspondantes doivent, à moins qu'il n'en soit convenu autrement dans le présent Traité, être transmises par écrit entre les agences centrales des États contractants. Dans les cas d'urgence, la demande peut également être formulée oralement; toute demande orale doit être au plus vite confirmée par écrit.

3. À la lumière de l'article premier, paragraphe 3, les demandes doivent être envoyées aux agences centrales suivantes :

a) Pour la République d'Autriche : le Ministère fédéral de l'intérieur/Direction générale de la sécurité publique [*Bundesministerium für Inneres/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit*];

b) Pour la République de Hongrie : le ORFK NEBEK.

4. La coopération entre les autorités des États contractants visés par le présent Traité porte en particulier sur les domaines suivants :

a) L'échange d'informations,

b) Les mesures à prendre en cas d'urgence,

c) L'observation transfrontière,

d) La poursuite transfrontière,

e) Les transports contrôlés,

f) L'emploi d'enquêteurs sous couverture,

g) La protection des témoins,

h) La coopération aux lieux de services de contact communs,

i) La création de groupes d'enquête conjoints,

j) L'envoi et la réception d'officiers de liaison,

k) La coopération en matière de formation et de perfectionnement,

l) La coopération en matière de prévention du crime.

5. Si, au vu des conditions spécifiées dans la demande, il n'est pas possible de donner cours à la demande, ou seulement de façon partielle, l'autorité requise doit au plus tôt en informer l'autorité requérante et les autorités doivent se mettre d'accord pour donner suite à l'exécution de la demande, si besoin est.

6. Dans l'exécution de la demande, les autorités requises et les agences qui participent à l'exécution des demandes doivent respecter les règles de procédure stipulées dans la demande, pour autant qu'elles n'enfreignent pas la législation de l'État contractant requis.

7. Si, aux termes de la législation des États contractants, la transmission ou l'exécution de la demande requiert la permission, l'approbation, la collaboration ou la participation des autorités de justice, la transmission de la demande ou son exécution ne peut commencer qu'après l'obtention de ladite permission, approbation, collaboration ou participation.

Article 5. Teneur de la demande et langue à utiliser

1. Sauf disposition contraire du présent Traité, la demande doit contenir au moins les éléments suivants :

- Le nom de l'autorité requérante;
- Le sujet de la demande;
- Une description et désignation légale de l'action visée par la demande;
- Le délai pour l'exécution des demandes et les raisons de l'urgence;
- Lorsqu'il y a lieu, la permission des autorités de justice;
- Une demande de participation d'un membre de l'autorité requérante durant l'exécution de la demande;
- Les coordonnées personnelles de la personne en question, pour autant qu'elles soient nécessaires à l'exécution de la demande, et pour autant qu'elles soient connues.

2. Dans la mise en œuvre du présent Traité, les autorités des États contractants peuvent utiliser indistinctement les langues allemande et hongroise ou peuvent également convenir d'utiliser une autre langue.

Article 6. Mesures adoptées dans les cas urgents

1. Les autorités des États contractants peuvent, conformément à leur législation interne, sur demande et dans le but de protéger des indices et des éléments de preuve, réaliser une surveillance intensive des lieux publics, perquisitionner les édifices, les structures, les établissements, les vêtements, les bagages et les véhicules et présenter la personne cherchée.

2. Les dispositions de l'article 4 du présent Traité sont appliquées mutatis mutandis.

3. Les résultats des mêmes mesures mentionnées au paragraphe 1 doivent être notifiés au plus tôt à l'autorité requérante.

Article 7. Domaines d'échange d'informations

1. Dans le cadre de leur coopération, les États contractants s'engagent, aux fins de prévenir, empêcher et enquêter sur le crime, en particulier le crime organisé, à se fournir mutuellement, sur demande, l'information suivante :

a) Les informations relatives à toutes les personnes participant au crime organisé, les informations relatives aux connexions des auteurs avec la commission d'un acte criminel, leur connaissance de la composition des organisations criminelles et des groupes criminels, le comportement typique des criminels et des groupes, l'information relative aux actes criminels en cours de préparation, qui ont fait l'objet de tentatives ou qui ont été réalisés, en particulier en termes de moment, lieux et méthodes de la perpétration et les objectifs visés, leurs connaissances en matière de circonstances spéciales, ainsi que toutes les dispositions pertinentes du code pénal et les mesures adoptées, pour autant que cela s'avère nécessaire pour prévenir, empêcher ou enquêter sur les actes criminels;

b) L'information relative aux méthodes de perpétration et les nouvelles modalités de crime international;

c) Les résultats de leurs enquêtes criminalistiques et criminologiques et d'autres enquêtes relatives aux actes criminels, ainsi que l'information relative à la pratique des enquêtes et l'utilisation de méthodes de travail et de moyens appliqués à cette fin, dans le but de les perfectionner;

d) Sur demande, ils échangeront leurs connaissances ou des échantillons des objets contre lesquels l'acte criminel a été commis, ceux qui ont été utilisés comme moyens pour commettre une infraction criminelle ou ceux qu'il était prévu d'utiliser à cette fin, ou ceux qui résultent de la perpétration d'un acte criminel;

e) Les normes juridiques régissant les actes criminels qui font l'objet du présent Traité;

f) L'information relative à la propriété résultant de la perpétration de l'acte criminel ou y associée.

2. Les autorités des États contractants s'engagent à coopérer, conformément à leur législation nationale, dans la collecte de l'information requérant des moyens spéciaux. Les États contractants s'engagent à appliquer aux renseignements fournis sur la base de cet échange d'informations une protection au moins équivalente à la protection prévue dans leur législation nationale.

Article 8. Remise de l'information sans qu'une demande ait été formulée

Dans certains cas précis, les autorités des États contractants peuvent, conformément à leur législation interne, remettre, sans qu'une demande ait été formulée, une information dont les autorités de l'autre État contractant ont besoin pour détecter un danger menaçant la sécurité et l'ordre publics ou pour prévenir et enquêter sur d'autres actes criminels. L'échange d'informations est assujéti aux dispositions de l'article 4 du présent Traité mutatis mutandis.

Article 9. Échange direct d'informations,

1. La transmission de requêtes entre les autorités des États contractants et la réponse auxdites requêtes peuvent être effectuées de façon directe :

a) Lorsque les autorités ayant compétence dans la région frontalière demandent mutuellement des informations et que l'information fournie ne concerne que la région frontalière; ou

b) Si les échanges d'informations par les autorités centrales impliquent un délai tel qu'il mettrait en danger les intérêts de la procédure ou la réalisation effective de la requête.

2. On peut considérer qu'une information concerne plus particulièrement la région frontalière si :

a) Les renseignements concernent une personne visée par la requête dont le lieu de résidence ou de séjour se trouve dans la région frontalière ou dont il est considéré probable qu'elle y réside au moment de la requête;

b) Les renseignements concernent une activité réalisée par la personne visée dans la région frontalière;

c) Les renseignements concernent un objet pouvant probablement être trouvé dans la région frontalière; ou

d) Les renseignements concernent le siège principal ou une activité d'une filiale dans la région frontalière.

3. L'échange direct des informations visé aux paragraphes 1 et 2 s'applique aux éléments suivants :

a) La fourniture de renseignements trouvés dans les casiers judiciaires;

b) La détermination et certification d'une identité personnelle, lieu de séjour et adresse;

c) L'établissement de l'identité d'une personne qui possède, entretient ou exploite un véhicule terrestre, aquatique ou aérien;

d) L'examen de l'existence, de la validité et des restrictions de permis de conduire et de navigation;

e) La fourniture des coordonnées individuelles d'identification de véhicules motorisés (numéro de registre, numéro de châssis, numéro de moteur);

f) L'examen de l'existence, de la validité et des restrictions d'un permis de possession et de port d'armes à feu;

g) L'identification du propriétaire, abonné ou détenteur de dispositifs de télécommunications;

h) Les enquêtes relatives à des objets et échantillons;

i) La recherche d'une personne possédant des connaissances techniques spéciales.

CHAPITRE III. MODALITÉS SPÉCIALES DE COOPÉRATION ENTRE LES AUTORITÉS

Article 10. Observation transfrontière

1. Les autorités des États contractants ont le droit, durant les activités d'enquête réalisées sur le territoire de leurs États respectifs, de poursuivre l'observation d'une personne soupçonnée d'avoir commis un acte criminel visé au paragraphe 2 ou de surveiller une personne qui est ou entre en communication avec celle-ci, pour autant que l'agence centrale du dernier État contractant ait donné son accord à l'observation transfrontière sur la base d'une requête transmise au préalable. L'approbation peut être assortie de certaines conditions.

2. L'observation transfrontière peut-être réalisée en cas de soupçon d'actes criminels pouvant donner lieu à la délivrance d'un mandat d'arrêt européen. En cas de soupçons bien fondés d'actes criminels mentionnés ci-dessus, les autorités des États contractants peuvent également surveiller une personne qui est en contact avec le suspect et dont on peut raisonnablement penser qu'elle peut fournir une assistance pour identifier ou trouver le suspect.

3. Si les autorités de l'État requis en font la demande, l'observation doit être confiée à ces autorités. L'autorité de l'État contractant requis peut, sur demande, prêter son concours à l'observation.

4. L'autorisation accordée pour effectuer cette surveillance doit être valide sur tout le territoire des États contractants. Durant une surveillance, il est possible de franchir la frontière commune entre les États contractants en dehors des postes frontaliers autorisés et en dehors des horaires durant lesquels ces postes sont ouverts.

5. Si un retard quelconque implique un danger, l'observation peut être poursuivie même sans l'autorisation visée au paragraphe 1. Dans ce cas, l'autorité compétente de l'État contractant requis doit être informée au plus tôt du fait que la frontière nationale a été franchie. La requête doit ensuite être transmise au plus tôt à l'agence centrale de l'État contractant requis. La requête doit également spécifier les raisons pour lesquelles il a fallu franchir la frontière sans approbation préalable.

6. Les autorités compétentes visées au paragraphe 5 sont :

a) Pour la République d'Autriche :

- Le Ministère fédéral de l'intérieur/Direction générale de la sécurité publique/Bureau fédéral d'enquêtes criminelles [*Bundesministerium für Inneres/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit/Bundeskriminalamt*];

b) Pour la République de Hongrie :

- Le Bureau de réponse au crime/Direction du siège de la police nationale [*az Országos Rendőr-főkapitányság Bűnügyi Ellátó Igazgatósága*].

7. L'observation réalisée conformément au paragraphe 5 doit être suspendue immédiatement si l'autorité de l'État contractant requis en fait la demande à la suite de la requête, et si l'approbation nécessaire pour la réalisation de la requête n'a pas été reçue dans les cinq heures qui suivent l'envoi de la requête.

8. L'observation ne peut être autorisée que dans les conditions suivantes :

a) Les fonctionnaires chargés de l'observation sont assujettis aux dispositions du présent article et à la législation interne de l'État contractant dans le territoire duquel ils agissent; ils doivent obéir aux instructions des autorités ayant compétence locale;

b) Les véhicules utilisés dans le cadre de l'observation sont assujettis aux mêmes réglementations de trafic que les véhicules utilisés par les autorités de l'État contractant requis;

c) À l'exception du cas visé au paragraphe 5, les fonctionnaires effectuant l'observation doivent être en possession d'un document certifiant que l'observation en question a été autorisée;

d) Les fonctionnaires effectuant l'observation doivent présenter les preuves de leur statut officiel à tout moment;

e) Les fonctionnaires effectuant l'observation ne sont pas autorisés, durant celle-ci, à entrer dans des logements privés ou des lieux qui ne sont pas ouverts au public, et ne peuvent entrer dans les bureaux, installations industrielles et installations commerciales ouverts au public que lorsque ces installations ou bureaux sont ouverts;

f) Le fonctionnaire effectuant l'observation doit élaborer un rapport destiné à l'agence centrale de l'État contractant requis;

g) Lorsqu'un équipement technique est, entre autres, nécessaire pour effectuer l'observation, celui-ci ne peut être utilisé que si la législation de l'État contractant requis l'autorise; l'équipement technique doit être signalé dans la requête présentée conformément au paragraphe 1.

Article 11. Poursuite transfrontière

1. Les fonctionnaires d'une autorité de l'État contractant requis peuvent prolonger, sur le territoire de l'État contractant requis et sans approbation préalable, la poursuite d'une personne qui a commis ou qui a tenté de commettre un acte criminel visé dans l'article 10, paragraphe 2 sur le territoire de l'État contractant requérant, et

a) A été surprise en flagrant délit ou

b) S'est échappée après avoir été détenue, mise en détention préventive ou frappée d'une peine de privation de liberté résultant de cet acte criminel

et lorsque le délai impliqué par la notification aux autorités de l'État contractant requis rendrait considérablement plus difficile la capture de l'auteur de l'infraction ou mettrait gravement en danger les intérêts de la poursuite, ainsi que s'il est considéré peu probable que l'autorité de l'État contractant requis puisse assumer la poursuite en temps opportun.

2. Dans le cas visé au paragraphe 1, il faut notifier l'autorité compétente de l'État contractant requis, de façon immédiate et en tout cas avant de franchir la frontière.

3. Les autorités compétentes visées au paragraphe 2 sont :

a) Pour la République d'Autriche :

- La Direction de sécurité de l'État fédéré du Burgenland

b) Pour la République de Hongrie :

En fonction de l'endroit où les fonctionnaires ont traversé la frontière,

- Le siège de la police du comté de Győr-Moson-Sopron, ou

- Le siège de la police du comté de Vas.

4. La poursuite doit être interrompue immédiatement si l'autorité de l'État contractant requis en fait la demande.

5. Si le fonctionnaire de l'État contractant requérant chargé de réaliser la poursuite en fait la demande, l'autorité de l'État contractant requis peut détenir la personne poursuivie afin d'en confirmer l'identité.

6. Si l'autorité de l'État contractant requis ne sollicite pas la suspension de la poursuite et que cette autorité n'est pas en mesure de prendre des mesures en temps opportun, le fonctionnaire de l'État contractant requérant chargé de réaliser la poursuite peut détenir la personne poursuivie sur place. Cette action doit être notifiée immédiatement à l'autorité compétente de l'État contractant requis.

7. La poursuite peut être prolongée sur tout le territoire des États contractants sans aucune restriction de type temporel.

8. La poursuite peut s'étendre dans les situations suivantes :

a) Les fonctionnaires chargés d'effectuer la poursuite doivent agir conformément aux dispositions du présent article et de la législation interne de l'État contractant sur le territoire duquel ils effectuent la poursuite;

b) Les véhicules utilisés dans le cadre de la poursuite sont assujettis aux mêmes réglementations de trafic que les véhicules utilisés par les autorités de l'État contractant requis. Les véhicules doivent porter des signes distinctifs nécessaires pour être reconnus comme tels;

c) Les fonctionnaires effectuant la poursuite doivent présenter les preuves de leur statut officiel à tout moment;

d) Les fonctionnaires effectuant la poursuite ne sont pas autorisés, durant celle-ci, à entrer dans des logements privés ou des lieux qui ne sont pas ouverts au public, et ne peuvent entrer dans les bureaux, installations industrielles et installations commerciales ouverts au public que lorsque ces installations ou bureaux sont ouverts;

e) Lorsqu'un équipement technique est, entre autres, nécessaire pour effectuer la poursuite, celui-ci ne peut être utilisé que si la législation de l'État contractant requis l'autorise; l'équipement technique doit être signalé dans la requête présentée conformément au paragraphe 1;

f) Les fonctionnaires effectuant la poursuite doivent être reconnaissables sans ambiguïté par le port d'un uniforme, d'un brassard ou de signes distinctifs supplémentaires apposés aux véhicules;

g) Les articles trouvés en possession de la personne capturée doivent être provisoirement mis en sécurité jusqu'à l'arrivée d'un fonctionnaire des autorités compétentes. Des menottes peuvent être utilisées pour transporter la personne capturée. Les objets provisoirement saisis doivent être remis à l'autorité en même temps que la personne capturée;

h) Au terme de la poursuite, les fonctionnaires chargés de la poursuite doivent présenter un rapport sur les résultats de cette poursuite à l'autorité de l'État contractant requis visé au paragraphe 3. Au cours de celle-ci, ils doivent, si l'autorité de l'État contractant requis le demande, être présents en personne tout le temps qui sera nécessaire pour clarifier les circonstances de la poursuite de façon appropriée. Ces dispositions s'appliquent même lorsque la personne poursuivie n'a pas été capturée.

9. La personne capturée au cours de la poursuite sera interrogée par l'autorité compétente de l'État contractant requis. La liberté personnelle de la personne capturée peut être restreinte conformément à la législation de l'État contractant requis.

Article 12. Transport surveillé

1. Un transport surveillé peut être effectué suite à un accord entre les autorités des États contractants.

2. Les autorités compétentes doivent se mettre d'accord sur l'heure et la modalité du transport surveillé ainsi que sur l'ampleur de leur coopération. L'autorité de l'État contractant requis peut restreindre le transport surveillé ou refuser ce transport si ce dernier implique un danger considéré inacceptable pour les personnes qui participent au transport surveillé ou pour la sécurité publique.

3. Le transport surveillé est dirigé par les autorités de l'État contractant requis. Le transport surveillé est mené à bien de façon à pouvoir être arrêté à n'importe quel moment. Si leur demande est approuvée, les autorités de l'État contractant requérant peuvent accompagner le transport mais n'ont pas le droit d'exercer leur autorité. Durant cet ac-

compagnement; les autorités de l'État contractant requérant doivent respecter les dispositions du présent article, la législation de l'État contractant requis et les instructions de l'autorité compétente de l'État contractant requis.

4. Toute demande de transport surveillé doit également comporter, outre les renseignements visés à l'article 5, paragraphe 1 du présent Traité :

- a) Le sujet, l'itinéraire et la durée du transport prévus, la méthode de transport et les renseignements nécessaires à l'identification du moyen de transport;
- b) La modalité de l'accompagnement;
- c) Le nombre de personnes impliquées dans l'accompagnement;
- d) Les circonstances de la livraison et de l'acceptation du transport;
- e) Les mesures à prendre en cas de capture.

5. Des enquêteurs sous couverture ne peuvent participer à l'accompagnement du transport surveillé qu'avec l'autorisation des autorités de justice déterminées conformément à la législation interne des États contractants.

6. Si tout retard implique un danger, les autorités des États contractants peuvent également transmettre ou accepter une demande de transport surveillé de façon directe. La requête doit ensuite être transmise au plus tôt aux agences centrales des États contractants requis. Les documents d'appui pour le transport surveillé doivent également être joints à la demande.

7. Aux fins de l'application du présent article, les autorités compétentes sont :

- a) Pour la République d'Autriche :
 - Le Ministère fédéral de l'intérieur/la Direction générale de la sécurité publique/le Bureau fédéral d'enquêtes criminelles;
- b) Pour la République de Hongrie :
 - Le ORFK NEBEK.

Article 13. Emploi d'enquêteurs sous couverture

1. Moyennant une demande envoyée aux agences centrales, les États contractants acceptent l'emploi, sur leurs territoires respectifs, d'enquêteurs sous couverture de l'État contractant requérant, dans la mesure où ceci s'avère nécessaire pour garantir l'efficacité de l'enquête d'une infraction criminelle qui a été commise ou qui est en cours de préparation sur le territoire de l'État contractant requérant et qui peut donner lieu à la délivrance d'un mandat d'arrêt européen, à condition que l'enquête effective de l'acte criminel ne soit pas possible ou soit substantiellement plus difficile sans l'intervention d'un enquêteur sous couverture. Un enquêteur sous couverture de l'État contractant requis peut également être employé sur le territoire de l'État contractant requis, à la demande de l'État contractant requérant.

2. Si l'emploi d'un enquêteur sous couverture requiert l'autorisation de l'autorité de justice désignée conformément à la législation interne des États contractants, l'enquêteur sous couverture ne peut commencer sa fonction qu'après que cette autorisation a été obtenue. L'autorisation est valide à tout moment sur la totalité du territoire des États contractants.

3. La requête visant à l'emploi d'un enquêteur sous couverture doit également spécifier, outre les renseignements signalés à l'article 5, paragraphe 1:

- a) La durée et les conditions d'emploi de l'enquêteur sous couverture;
- b) Les droits et les obligations de l'enquêteur sous couverture;
- c) Les mesures à prendre si l'identité de l'enquêteur sous couverture est révélée;
- d) L'information relative aux normes régissant la responsabilité de l'enquêteur sous couverture conformément au droit pénal et sa responsabilité en cas de dommages causés au cours de ses fonctions.

4. L'emploi de l'enquêteur sous couverture doit être toujours limité à des cas individuels et pour une période déterminée, qui ne doit pas être supérieure à un mois. La durée de l'emploi de l'enquêteur sous couverture peut être prolongée. Les préparatifs pour procéder à l'emploi de l'enquêteur sous couverture doivent être concertés par les autorités des États contractants. L'enquêteur sous couverture peut commencer ses fonctions dès que l'accord entre les agences centrales est intervenu pour le cas en question et après l'obtention de l'autorisation visée au paragraphe 2.

5. L'autorité de l'État contractant requis doit donner des directives pour l'emploi de l'enquêteur sous couverture. Les actions de l'enquêteur sous couverture sont régies en principe par la législation de l'État contracté requis. En outre, il faut également prendre en considération la législation de l'État contractant requérant.

6. L'enquête sous couverture doit être interrompue immédiatement si l'autorité de l'État contractant requis en fait la demande.

7. Dans le cas visé au paragraphe 4, la nécessité et les conditions de l'emploi d'un enquêteur sous couverture et l'utilisation de l'information obtenue au cours de l'enquête sont déterminées par l'autorité désignée par l'État contractant requis. L'autorité de l'État contractant requérant doit en être informée.

8. L'État contractant requis peut apporter un soutien technique, logistique et en personnel aux activités de l'enquêteur sous couverture. L'autorité de l'État contractant requis prend toutes les mesures nécessaires pour assurer la sécurité de l'enquêteur sous couverture de l'État contractant requérant.

Article 14. Création de groupes mixtes d'enquête

1. Les autorités centrales des États contractants peuvent, conformément à leur législation interne, créer un groupe mixte d'enquête dans le but d'enquêter sur un acte criminel pouvant donner lieu à la délivrance d'un mandat d'arrêt européen, en particulier si :

- a) L'enquête d'un acte criminel qui s'étend à plusieurs États Membres s'avère compliquée et coûteuse;
- b) Une enquête criminelle se déroule dans plusieurs États à la suite d'un acte criminel et qu'il est donc nécessaire d'harmoniser les activités d'enquête.

2. Le groupe mixte d'enquête doit être créé moyennant un accord entre les agences centrales s'appliquant au cas en question. L'accord doit notamment inclure les éléments suivants :

- a) Une description de l'acte criminel sur lequel le groupe créé doit enquêter;
- b) Le domaine dans lequel il va fonctionner;

- c) La composition du groupe d'enquête et/ou la possibilité de modifier cette composition;
- d) Le chef du groupe d'enquête;
- e) La durée de son fonctionnement et les conditions requises pour prolonger sa durée;
- f) Les droits et les obligations du membre de l'autorité étrangère;
- g) Les conditions de son fonctionnement;
- h) Les activités d'organisation et la responsabilité dans la couverture des frais de fonctionnement.

3. Si, conformément à la législation interne de l'État contractant requis, la participation d'un fonctionnaire de l'État contractant requérant à une procédure spécifique du groupe mixte d'enquête doit faire l'objet d'une autorisation de la part des autorités de justice, cette participation ne pourra commencer qu'après que l'autorisation a été obtenue.

4. Le groupe mixte d'enquête est dirigé par l'autorité de l'État contractant requis désignée à cet effet; cette autorité doit également se préoccuper du personnel et des conditions techniques requises pour le fonctionnement de ce groupe d'enquête.

5. Le fonctionnaire de l'État contractant requérant qui participe au groupe d'enquête n'a pas le droit de mener des activités indépendantes sur le territoire de l'État contractant requis.

6. Le membre de l'autorité de l'État contractant requérant qui participe au groupe mixte d'enquête peut remettre des informations et des renseignements non classifiés se trouvant en sa possession dans les mêmes cas, de la même façon qu'il les remettrait à ses propres autorités.

7. Dans les cas de renseignements classifiés qui ont été classifiés par les autorités qui participent à la coopération mise en place dans le cadre du présent Traité, la communication de renseignements classifiés nécessaires au travail du groupe mixte d'enquête au fonctionnaire de l'autre État contractant doit faire l'objet d'une autorisation par l'agence centrale qui a autorisé la création du groupe mixte d'enquête. La communication de renseignements par des agences qui ne participent pas à la coopération doit faire l'objet de l'autorisation stipulée dans la législation interne des États contractants.

8. Les renseignements ou les informations communiquées au groupe mixte d'enquête ne peuvent être utilisées qu'aux fins suivantes :

- a) L'enquête de l'acte criminel qui a motivé la mise en place du groupe mixte d'enquête;
- b) L'éclaircissement ou l'enquête d'un autre acte criminel, à condition que l'État contractant communiquant les renseignements et les informations y ait consenti au préalable;
- c) La prévention d'actes criminels qui mettent directement et gravement en danger la sécurité publique ou, avec le consentement préalable de l'État contractant communiquant les renseignements ou les informations, durant la procédure pénale instituée en raison de cette infraction criminelle.

Article 15. Envoi d'officiers de liaison

1. L'autorité centrale d'un État contractant peut, avec le consentement de l'autorité centrale de l'autre État contractant, envoyer des officiers de liaison aux autorités d'enquêtes criminelles de ce dernier État contractant pour une période déterminée ou indéterminée.

2. L'envoi des officiers de liaison a pour but d'accélérer la coopération menée à bien entre les États contractants en vertu du présent Traité pour garantir la prestation continue d'assistance :

a) Par l'échange d'informations servant à prévenir, anticiper et enquêter sur des actes criminels;

b) Par la réalisation de requêtes relatives à la criminalité;

c) Par la fourniture d'assistance en ce qui concerne la protection des frontières externes et la mise en œuvre d'accords relatifs à l'acceptation des personnes refoulées.

3. En outre, les officiers de liaison prêtent assistance aux autorités chargées de détecter les dangers menaçant la sécurité et l'ordre publics en transmettant l'information nécessaire à la réalisation de leurs activités.

4. Les officiers de liaison n'ont pas le droit de mener des actions indépendantes en matière de prévention et de poursuite d'actes criminels. La transmission de l'information et la réalisation de leurs activités doivent se faire conformément aux instructions de l'autorité de l'État contractant requérant qui envoie les officiers de liaison, en tenant dûment compte des souhaits exprimés par l'autorité de l'État contractant requis en collaboration avec laquelle ils réalisent leurs activités.

Article 16. Protection des témoins

1. Les États contractants peuvent, par l'intermédiaire de leurs agences compétentes, demander la réinstallation, du territoire d'un État contractant au territoire de l'autre État contractant, des témoins, des victimes et des suspects (accusés) protégés durant une procédure pénale, ainsi que d'autres personnes y associées (ci-après dans l'application du présent article : les personnes concernées), ainsi que leur protection ultérieure. Le transfert et l'acceptation de la protection des personnes concernées ne doivent pas empêcher la procédure pénale en cours dans les États contractants.

2. Une demande de transfert ou d'acceptation d'une personne concernée doit comporter, outre les renseignements visés à l'article 5, paragraphe 1 du présent Traité, les éléments suivants :

a) La clause de confidentialité;

b) Le rôle joué par la personne concernée dans la procédure pénale;

c) L'information relative à la situation actuelle et la gravité de la menace;

d) La raison de la réinstallation de la personne concernée sur le territoire de l'État contractant requis;

e) La forme et la durée recommandées de la protection;

f) La durée nécessaire de l'installation sur le territoire de l'État contractant requis et la possibilité de prolonger cette durée;

g) La recommandation du lieu de séjour de la personne concernée et/ou d'autres documents nécessaires pour assurer la protection.

3. Après que la requête a été acceptée, les agences des États contractants chargées d'assurer la protection doivent conclure des accords directs quant au transfert et/ou à l'acceptation de la protection, la méthode de protection, la durée de la protection, la façon de rester en contact, la prise en charge des dépenses et les cas où la protection peut être interrompue.

CHAPITRE IV. AUTRES MODALITÉS DE COOPÉRATION

Article 17. Coopération dans le cadre de bureaux de services de contact conjoints

1. Les gouvernements des États contractants peuvent, pour faciliter l'échange d'informations entre leurs autorités et la coopération entre elles, mettre sur pied des bureaux de services de contact conjoints.

2. Dans les bureaux de services de contact conjoints, les fonctionnaires des autorités des États contractants travaillent, dans les limites de leur compétence, dans un contexte de proximité spatiale directe. Dans la réalisation de ce travail, ils doivent coopérer dans l'échange direct d'informations mentionné à l'article 9 du présent Traité et favoriser l'harmonisation de la coopération transfrontière conformément aux dispositions du présent Traité.

3. La coopération peut s'appliquer aux préparatifs de transfert et de réadmission de personnes et à la fourniture de l'assistance correspondante.

4. Les fonctionnaires en fonction dans les bureaux de services de contact conjoints n'ont pas le droit d'entreprendre une action procédurale indépendante au-delà des actions prévues aux paragraphes 2 et 3. Ils relèvent des directives et de la compétence disciplinaire de leurs autorités nationales.

5. Les endroits où sont établis les bureaux de services de contact conjoints, les conditions de leur établissement, la méthode de coopération, et les règlements régissant la prise en charge des dépenses feront l'objet d'accords séparés.

Article 18. Services de patrouilles conjointes le long des frontières

1. L'autorité des États contractants peut, afin d'assurer la protection de la sécurité et de l'ordre publics, la supervision des mesures adoptées pour lutter contre les actes criminels et la surveillance de la frontière, créer un service de patrouilles conjointes jusqu'à une distance de 10 km à partir de la frontière commune entre les États.

2. Dans le service de patrouilles conjointes, les membres de l'autorité de l'autre État contractant ont également le droit de vérifier l'identité des personnes et, si ces personnes tentent d'échapper à la vérification, de les arrêter conformément à la législation nationale de l'État contractant dans le territoire duquel l'action est menée.

3. Les fonctionnaires de l'État contractant sur le territoire duquel le service de patrouilles conjointes est assuré peuvent prendre d'autres actions et mesures coercitives,

sauf si le succès de l'action est menacé ou rendu significativement plus difficile sans la participation des fonctionnaires de l'autre État contractant.

CHAPITRE V. PROTECTION DES DONNÉES

Article 19. Portée des données personnelles pouvant être fournies

1. Aux fins de l'application du présent Traité, les États contractants peuvent se communiquer mutuellement les données personnelles suivantes :

a) Les données d'identification personnelle des personnes qui participent à la perpétration d'actes criminels et les contacts de ces personnes dans la perpétration d'actes criminels : nom de famille, nom de famille antérieur dans certains cas, prénom, autre nom (pseudonyme, surnom, sobriquet), date et lieu de naissance, lieu de résidence, sexe, nationalité actuelle ou éventuellement antérieure;

b) Les données du passeport, le document d'identification personnelle ou tout autre document de voyage (numéro, date d'émission, nom de l'autorité de délivrance, lieu de délivrance, durée de validité, zone territoriale de validité);

c) Les empreintes digitales et de la paume des suspects, ou des données relatives à leur profil ADN, description personnelle ou photographie;

d) Toutes autres données nécessaires à l'identification de la personne concernée.

Article 20. Principes fondamentaux

1. Dans le cadre de la coopération décrite dans le présent Traité, les États contractants doivent appliquer les dispositions suivantes en ce qui concerne les données personnelles qu'ils émettent mutuellement :

a) La demande des données souhaitées doit stipuler la portée des données souhaitées et l'objet de leur utilisation;

b) Dans le cadre de la coopération décrite dans le présent Traité, l'État contractant qui accepte les données personnelles (ci-après, l'État de réception) ne peut utiliser les données que pour les objectifs spécifiés dans le présent Traité et conformément aux conditions stipulées par l'État contractant qui fournit les données (ci-après : l'État de délivrance). Si l'État de délivrance en fait la demande, l'État de réception fournit l'information relative à l'utilisation des données personnelles fournies;

c) Avant de fournir les données, l'État de délivrance, après avoir déterminé que la délivrance des données est nécessaire et juste, et conforme au droit international, doit se convaincre de l'exactitude des données fournies;

d) Au moment de fournir les données, l'État de délivrance doit indiquer les délais prévus pour l'effacement des données conformément à sa législation interne en vigueur. Si le bureau de délivrance informe le bureau de réception d'un délai spécial au-delà duquel les données ne peuvent être conservées, le bureau de réception doit respecter ce délai;

e) Les données personnelles ne peuvent être fournies qu'aux autorités d'enquête visées à l'article premier, paragraphe 1. Les données peuvent être transmises à d'autres autorités avec le consentement préalable par écrit de l'État de délivrance.

Article 21. Correction et effacement des données

1. Les données personnelles fournies en vertu du présent Traité doivent être effacées ou détruites :

a) Si les données fournies se sont révélées incorrectes;

b) Si l'acquisition ou la délivrance des données n'a pas été réalisée conformément ou si, conformément à la législation interne de l'État de délivrance, les données fournies légalement doivent être effacées ultérieurement;

c) Si les données ne sont pas ou ne sont plus nécessaires pour réaliser l'activité spécifiée au moment de la délivrance, sauf si l'État de délivrance a consenti à l'utilisation des données pour d'autres objectifs que ceux stipulés dans le présent Traité.

2. L'État de réception doit être informé immédiatement des circonstances visées au paragraphe 1, alinéas a) et b), et cet État devra procéder à l'effacement ou à la destruction des données qui ne peuvent être transmises. Si l'autorité de réception conclut que les données fournies sont incorrectes et qu'elles doivent être effacées ou détruites, elle en informe immédiatement l'autorité de délivrance.

3. Si l'autorité de délivrance en fait la demande, les données incorrectes fournies doivent être corrigées au plus vite.

4. Si l'objectif pour lequel les données personnelles acceptées devaient être utilisées, tel que stipulé au moment de la délivrance, a été atteint, les données doivent être effacées, même si le délai prévu pour l'effacement n'est pas encore expiré. Les États contractants doivent s'informer mutuellement, dans les plus brefs délais, de l'effacement des données fournies et de la raison de cet effacement. Toutes les données personnelles doivent être effacées au moment où le présent Traité cesse d'être en vigueur.

Article 22. Enregistrement des données fournies

1. Les autorités doivent tenir un registre des données fournies en vertu du présent Traité. L'enregistrement doit comporter au moins les entrées suivantes : l'objectif de la délivrance des données, leur contenu, l'agence de réception et le moment de la délivrance. La délivrance virtuelle de données doit être enregistrée automatiquement.

2. Les registres doivent être conservés pour une période de cinq ans au moins; les registres relatifs à des données spéciales qui ont été fournies doivent être conservés pendant la période stipulée dans la législation interne relative à ces données.

3. Les données du registre ne peuvent être utilisées que pour vérifier le respect des règlements qui régissent la protection des données.

4. Les autorités de réception doivent veiller à la protection efficace des données personnelles fournies contre toute destruction accidentelle ou non autorisée, perte accidentelle, accès non autorisé, altération accidentelle ou non autorisée ou divulgation publique non autorisée.

Article 23. Fourniture d'informations à la personne concernée

1. Toute personne dont l'identité a été vérifiée de façon appropriée a le droit d'obtenir de l'autorité qui utilise les données, sans atermoiement spécial ni dépenses significatives, sous une forme compréhensible d'une façon générale et à des intervalles acceptables, l'information relative aux données personnelles la concernant consignées dans le registre, la source de ces données, l'objectif pour lequel il est prévu de les utiliser, le récepteur ou le groupe de récepteurs éventuel et le fondement légal de l'utilisation. Les détails de la procédure sont régis par la législation nationale de l'État contractant dans lequel l'information est requise.

2. Dans le cas visé au paragraphe 1, l'État de réception doit consulter les cas de délivrance quant à la question de savoir s'il peut informer la personne concernée des données personnelles la concernant consignées dans le registre et l'objectif pour lequel elles vont être utilisées. L'État de réception doit procéder conformément à la position adoptée à ce sujet par l'État de délivrance.

3. Les États contractants doivent informer la personne concernée des raisons pour lesquelles l'information lui est refusée, pour autant que ce refus soit permis par la législation de l'État de délivrance. Les États contractants doivent s'informer mutuellement sur ce point.

4. Si la personne concernée en fait la demande, l'État de délivrance et l'État de réception doivent corriger toute donnée incorrecte et/ou effacer les données obtenues illicitement. La correction ou l'effacement doit être notifié au plus tôt à l'autre État contractant.

5. Les États contractants garantissent que la personne concernée, en cas de violation de ses droits en matière de protection des données, puisse avoir recours moyennant une action en justice effective devant un tribunal indépendant ou une autre autorité compétente et qu'elle puisse également avoir le droit de recevoir une compensation ou de procéder à une autre action en justice.

Article 24. Usage des données durant les procédures menées sur le territoire de l'autre État contractant

1. Durant l'application du présent Traité, la supervision de l'usage des données personnelles obtenues durant une procédure menée sur le territoire de l'autre État contractant relève des autorités compétentes de l'État contractant pour lequel lesdites données personnelles ont été obtenues. L'usage des données doit être conforme à la législation interne de ce dernier État contractant. Dans l'usage des données, il doit être dûment tenu compte des conditions prescrites par l'autorité qui a donné son approbation.

2. Les membres des autorités réalisant leurs fonctions sur le territoire de l'autre État contractant n'ont pas d'accès direct aux données personnelles traitées automatiquement dans ledit État contractant.

Article 25. Protection des données classifiées

1. Les États contractants doivent veiller à ce que les données classifiées acceptées dans le cadre de l'application du présent Traité reçoivent un niveau de classification

identique au niveau déterminé par l'État de délivrance et pour un niveau identique de protection.

2. Les désignations des données classifiées et de la correspondance entre celles-ci sont les suivantes :

L'État contractant autrichien appose un marquage sur l'élément de transport des données classifiées avec les niveaux suivants de classification :

(a) « Très secret » (« *Streng geheim* »)

(b) « Secret » (« *Geheim* »)

(c) « Confidentiel » (« *Vertraulich* »)

(d) « Restreint » (« *Eingeschränkt* »)

L'État contractant hongrois appose un marquage sur l'élément de transport des données classifiées avec les niveaux suivants de classification :

a) « Très secret » (« *Szigorúan titkos!* »)

b) « Secret » (« *Titkos!* »)

c) « Confidentiel » (« *Bizalmas!* »)

d) « Restreint » (« *Korlátozott terjesztésű!* »)

L'usage de l'élément de transport des données doit être conforme au système de correspondance mentionné ci-dessus dans les deux États contractants.

3. L'État de délivrance doit indiquer la période de validité de la classification.

4. Les documents, données, informations et équipements techniques fournis en vertu du présent article ne peuvent être communiqués à des États tiers qu'avec le consentement écrit de l'autorité compétente de l'État de délivrance.

5. Les agences chargées de veiller à la protection des données classifiées fournies en vertu du présent article sont :

Pour la République d'Autriche :

- La Commission de la sécurité de l'information [*Informationssicherheitskommission*];

Pour la République de Hongrie :

- Le Bureau de la protection des secrets du Ministère de l'intérieur [*Belügyminisztérium Titokvédelmi Iroda*].

CHAPITRE VI. RELATIONS JURIDIQUES DURANT UNE PROCÉDURE MENÉE DANS L'AUTRE ÉTAT CONTRACTANT

Article 26. Dispositions relatives à l'entrée et au séjour

1. Afin de réaliser les tâches résultant du présent Traité, les membres des autorités des États contractants peuvent entrer sur le territoire de l'autre État contractant avec un laissez-passer de service valide comportant une photographie et peuvent, sans autorisation spéciale, y séjourner jusqu'à ce que leurs fonctions de service soient terminées.

2. Un enquêteur sous couverture peut, sans autorisation spéciale, entrer sur le territoire de l'État contractant requis avec un document de couverture et y séjourner jusqu'à ce que sa fonction de service soit terminée.

Article 27. Normes régissant le port des uniformes et l'utilisation de moyens de coercition et d'armes de service

1. Sauf disposition contraire prévue dans le présent Traité, un membre de l'autorité de l'État contractant requérant peut, sur le territoire de l'État contractant requis :

- a) Porter un uniforme;
- b) Capturer et détenir un suspect pris en flagrant délit de perpétration d'un acte criminel ou qui a tenté de s'échapper, avec l'obligation de remettre au plus vite le suspect à un membre de l'autorité de l'État contractant qui jouit de la compétence territoriale.

2. Un membre de l'autorité de l'État contractant requérant peut, sur le territoire de l'État contractant requis et dans le cadre de la réalisation de ses fonctions résultant de l'application du présent Traité et durant le déplacement vers et de ce dernier État, porter son arme de service ainsi que l'équipement de service nécessaire. Dans les cas stipulés dans le présent Traité, l'utilisation de la coercition physique et de moyens coercitifs est acceptée dans le respect de la proportionnalité. Une arme de service ne peut être utilisée sur le territoire de l'État contractant requis qu'en cas justifié d'autodéfense et d'urgence extrême.

Article 28. Service des relations publiques et de service

1. Le service et les relations juridiques publiques et de service, les relations professionnelles et la responsabilité disciplinaire d'un fonctionnaire de l'autorité de l'État contractant requérant sont régis par la législation de son propre État.

Article 29. Responsabilité de compensation

1. Les États contractants renoncent réciproquement à toute demande de compensation pour dommages causés à l'État contractant requis par un membre de l'autorité de l'État contractant requérant durant la réalisation des fonctions découlant du présent Traité, sauf si le dommage a été causé de façon intentionnelle ou en raison d'une grave négligence.

2. En ce qui concerne la compensation pour dommages causés à des tiers sur le territoire de l'État contractant requis par un membre de l'autorité de l'État contractant requérant dans la réalisation des fonctions découlant du présent Traité, les États contractants sont responsables dans les mêmes conditions et dans la même mesure que si le dommage avait été causé par un membre de leur propre autorité sur le territoire de son propre État.

3. Dans les cas visés au paragraphe 2, l'État contractant requérant rembourse la compensation versée par l'État contractant requis aux personnes qui ont subi des dommages ou qui ont droit à une compensation, sauf si le dommage a été causé de façon intentionnelle ou en raison d'une grave négligence.

Article 30. Normes régissant la responsabilité en vertu du droit pénal

Les fonctionnaires agissant sur le territoire de l'autre État contractant dans le cadre du présent Traité reçoivent, dans les cas d'actes criminels commis par eux-mêmes ou à leur détriment, le même traitement que les fonctionnaires de l'autre État contractant.

Article 31. Priorité de la législation nationale dans les questions financières et douanières

1. La validité du présent Traité ne s'étend pas aux affaires impliquant des redevances, des taxes, des droits de douane ou des devises étrangères.

2. Les renseignements résultant de la coopération menée à bien dans le cadre du présent Traité ne peuvent être utilisés pour la répartition de redevances, de taxes ou de droits de douane, ni dans les matières relatives aux redevances, taxes, droits de douane ou devises étrangères, sauf si l'État requis fournit expressément ces renseignements aux fins de cette procédure.

CHAPITRE VII. DISPOSITIONS FINALES

Article 32. Refus d'assistance

L'un ou l'autre État contractant peut refuser de fournir une assistance de façon partielle ou totale, ou subordonner l'assistance à certaines conditions, si la prestation de l'assistance met en danger la souveraineté, la sécurité, l'ordre public ou autres intérêts fondamentaux de l'État ou si elle est contraire à sa législation.

Article 33. Changement de désignation ou sphère de compétence des autorités

Les États contractants s'informent mutuellement par écrit, par la voie diplomatique, de tout changement effectué dans les autorités et les agences centrales ayant compétence dans le cadre de l'application du présent Traité.

Article 34. Prise en charge des dépenses

Dans le cadre de l'application du présent Traité, sauf disposition contraire, chaque État contractant prend en charge les dépenses résultant de la réalisation des procédures menées par ses propres autorités.

Article 35. Rapport avec d'autres Traités internationaux

Les dispositions du présent Traité ne portent pas préjudice des obligations assumées par les États contractants en vertu d'autres traités internationaux bilatéraux ou multilatéraux.

Article 36. Entrée en vigueur et dénonciation

1. Le présent Traité est sujet à ratification. Les instruments de ratification seront échangés le plus rapidement possible. Le Traité entrera en vigueur le premier jour du troisième mois faisant suite à l'échange des instruments de ratification.

2. Simultanément avec l'entrée en vigueur du présent Traité, l'Accord entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République populaire hongroise relatif à la coopération en matière de police criminelle et de police des transports, signé le 27 novembre 1979 et l'Accord entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République de Hongrie relatif à la coopération pour le contrôle du terrorisme international, du trafic illicite international, des stupéfiants et du crime organisé international, signé le 12 juillet 1996, cessent d'être applicables.

3. Le présent Traité est conclu pour une période indéfinie et peut être dénoncé par écrit par l'un ou l'autre État contractant à tout moment, par la voie diplomatique. Le Traité cesse d'être en vigueur six mois à partir de la réception de la notification de dénonciation.

4. La République d'Autriche veillera à enregistrer le présent Traité auprès du Secrétariat des Nations Unies, conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

Fait à Heiligenkreuz le 6 juin 2004, en double exemplaire, dans les langues allemande et hongroise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

ERNST STRASSER

Pour la République de Hongrie :

MÓNIKA LAMPERTH

